

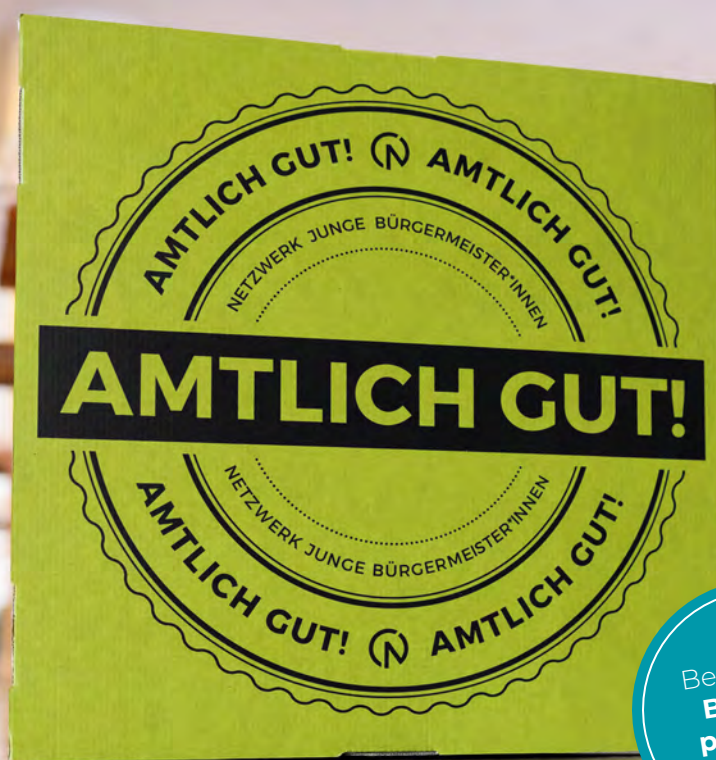
WIR



*Magazin der Jungen Bürgermeister*innen*

KOMMUNALEN

2/25



Mit
Beitrag von
**Bundes-
präsident
Steinmeier**

Starke Kommunen. Starke Demokratie.



NETZWERK
JUNGE BÜRGERMEISTER*INNEN



INNOVATIONEN FÜR DIE INFRASTRUKTUR

Die Zukunft urbaner Räume liegt in der Vernetzung. Als Experte für innovative Infrastruktur Lösungen treibt HOCHTIEF PPP Solutions die Entwicklung smarter Städte voran und unterstützt Kommunen bei der digitalen Transformation. Entlang des Lebenszyklus von Projekten bieten wir öffentlichen und privaten Kunden ein breites Spektrum an Leistungen, die Effizienz, Nachhaltigkeit und technologischen Fortschritt im öffentlichen Raum verbinden – intelligent vernetzt und aus einer Hand.

Mit unseren Spin-Offs in den Bereichen Ladeinfrastruktur, Edge Rechenzentren, KI-gestützter Straßenzustandserfassung, Photovoltaik-Lösungen und einer Schulungssoftware für Arbeitssicherheit, sind wir Ihr zuverlässiger Partner für eine zukunftsorientierte und ganzheitliche Stadtentwicklung.

www.hochtief-pppsolutions.de

Erfahren Sie mehr über
unsere(n) **Ökosystem-Ansatz**



Termintreu, kostensicher, transparent.



Starke Kommunen. Starke Demokratie.

Den Kommunen in Deutschland geht es schlecht. Ihre Handlungsfähigkeit ist massiv bedroht – finanziell, personell, infrastrukturell. Die Zahlen, die Andre Berghegger vom DStGB auf unserer Jahreskonferenz präsentierte, sprechen eine deutliche Sprache: Mit nur 14 Prozent des Steueraufkommens stemmen die Kommunen ein Viertel der öffentlichen Investitionen. 2024 kamen 24,8 Milliarden Euro neue Schulden hinzu, für 2025 wird mit bis zu 30 Milliarden gerechnet.

Mindestens genauso alarmierend ist, was nicht ausgegeben wird: Der kommunale Investitionsstau liegt bei 186 Milliarden Euro – Tendenz steil steigend. Wir spüren das täglich: marode Schulen, bröckelnde Straßen, veraltete Leitungen. Und manches Rathaus ist eher Denkmal als Verwaltung. Täglich verliert die kommunale Infrastruktur 13 Millionen Euro an Wert, weil Instandhaltung nicht mehr zu finanzieren ist. Was bleibt, ist ein strukturelles Defizit, das Handlungsspielräume systematisch aushöhlt. Für uns junge Bürgermeister*innen steht fest: Das ist längst mehr als ein kommunalpolitisches Problem. Es ist ein Angriff auf die demokratische Substanz. Wenn der Staat dort, wo er den Menschen am nächsten ist, versagt, verliert er Vertrauen, Wirksamkeit, Legitimität. Eine Demokratie ohne funktionierende Kommunen hat kein Fundament. Wie bleibt man angesichts dieser bedrückenden Realität zuversichtlich? Antworten auf diese Frage haben wir bei unserer Jahreskonferenz gefunden.

Prominent besetzt haben wir über kommunale Finanzen diskutiert, über Digitalisierung, über die Rolle der Bürgermeister*innen – und darüber, was Kommunen leisten könnten, wenn man sie endlich lässt. Wir berichten in dieser Ausgabe von der Konferenz. Und: Wir stellen unseren neugewählten Vorstand vor – die Menschen, die unseren Kurs in den kommenden Jahren mitprägen. Dominik Brasch berichtet aus der „Zukunftswerkstatt Kleine Kommunen“ der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt). Wir erzählen von einer ukrainischen Städtepartnerschaft, stellen die Fußballnationalmannschaft der Bürgermeister vor.

Ein besonderer Beitrag in dieser Ausgabe stammt von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, der die Kommunen aufruft, sich aktiv am „Ehrentag 2026“ zu beteiligen.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Henning Witzel

Verbandsgeschäftsführer Netzwerk Junge Bürgermeister*innen



Foto: Liesa Johannsen-Koppitz

Dieses Heft macht deutlich: Kommunen sind Orte des Lebens, des Zusammenhalts, der Demokratie. Und sie brauchen endlich die Mittel, um das auch zu bleiben.



IMPRESSUM

Projektleitung und Redaktion: Henning Witzel (V.i.S.d.P.), Birgit Güll, ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin

Anzeigen: Kerstin Böhm, Henning Mahler, ASK. **Layout & Satz:** ASK **Druck:** MPC – Media Print Consulting GmbH & Co. KG, Am Fohlenhof 2b, 82256 Fürstenfeldbruck

Erscheinungstermin: 7/2025

Kontinuität und Aufbruch

Der neue Bundesvorstand des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen

Bei der Mitgliederversammlung im Juni wurde unser Vorstand neu gewählt – und er steht für genau das, was das Netzwerk seit seiner Gründung ausmacht: Engagement, Vielfalt, Gemeinschaft und der Wille, Dinge gemeinsam anzupacken.

Im neuen Vorstand spiegelt sich Kontinuität und Aufbruch zugleich: mit vertrauten Gesichtern, die das Netzwerk über Jahre mit aufgebaut haben, und neuen Stimmen, die neue Impulse setzen.



Foto: Liesa Johansen-Koppitz

Michael Salomo, Bundesvorsitzender | Oberbürgermeister von Heidenheim an der Brenz
Initiator und Mitgründer des Netzwerks. Er verbindet strategischen Weitblick mit langjähriger Erfahrung und führt das Netzwerk mit Herz und Verstand (4. v. l.).

Dominik Brasch, Erster stv. Bundesvorsitzender | Bürgermeister von Bad Soden-Salmünster
Als Gründungsmitglied bringt er mit seiner ruhigen und ausgleichenden Art viel Stabilität und Verlässlichkeit in die Vorstandsarbeit (3. v. l.).

Maren Busch, Stv. Bundesvorsitzende | Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Diez
Neu im geschäftsführenden Vorstand, sie kommt 2023 als Quereinsteigerin aus der Wirtschaft ins Amt und bringt frische Impulse und großen Tatendrang mit (2. v. l.).

Nils Neuhäuser genannt Holtbrügge, Stv. Bundesvorsitzender | Bürgermeister der Gemeinde Ilsede
Mit Energie und Engagement bringt er als ehemaliger Beisitzer neue Perspektiven in den Vorstand (6. v. l.).

Madeline Temme, Schriftführerin | Bürgermeisterin der Gemeinde Ostramondra
*Als ehrenamtliche Bürgermeisterin stärkt sie die Sichtbarkeit der vielen ehrenamtlichen Amtsträger*innen im Netzwerk und bringt zudem ihre ostdeutsche Perspektive mit ein (5. v. l.).*

Martin Aßmuth, Bundesschatzmeister | Bürgermeister der Gemeinde Hofstetten
Er sorgt mit klarer Hand für den Überblick über die Finanzen und ist auch Ukrainebeauftragter. Sein Teamgeist zeigt sich auch als Torwart der Bürgermeister-Nationalmannschaft (1. v. l.).

Im erweiterten Vorstand engagieren sich zudem **Andre Stenda** (Hohenroda) und **Marco Diethelm** (Herzebrock-Clarholz). Neu dabei sind **Johannes Albert** (Roden), **Jonas Breig** (Biberach/Baden) und **Claudia Brandes** (Petersberg). Mit dieser kommunalpolitischen Vielfalt an Perspektiven und Erfahrungen setzen sie wichtige Impulse für die Arbeit des Netzwerks.

Ein herzlicher Dank gilt all jenen, die den Staffelstab nun weitergegeben haben: Ihr habt das Netzwerk geprägt, mit

Leben gefüllt und in entscheidenden Phasen getragen. Besonderer Dank gilt der bisherigen Ersten stellvertretenden Bundesvorsitzenden **Julia Samtleben**, sowie an **Wibke Şahin-Connolly** und **Frank Nase**, die aus dem geschäftsführenden Vorstand ausscheiden. Ebenso verabschieden wir **Florian Mair** und **Uli Richter-Hopprich** als Beisitzer, sowie **Lena Weber**, die zuletzt als Vorstandsbeauftragte für die ehrenamtlichen Bürgermeister*innen das Netzwerk mitgeprägt haben. Danke für euer Engagement, euren Einsatz – und für alles, was bleibt.

NETZWERKTREFFEN: WARUM WIR DABEI SIND



Tim Sieper,
ehrenamtlicher Bürgermeister von Eckenroth

„Dies ist mein erstes Netzwerktreffen. Ich möchte Leute kennenlernen und mich austauschen. Was ich mitgenommen habe: dass wir Jungen uns nicht unterkriegen lassen sollen, auch wenn wir noch nicht so viel Erfahrung haben. Viele Themen hier sind aber eher auf größere Gemeinden ausgerichtet. Bei uns leben 225 Menschen. Ich mache vieles selbst, für das andere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben. Die Leute sprechen mich genauso oft an wie vor meiner Zeit als Bürgermeister, nur mit anderen Anliegen. Etwa dass im Löschteich der Feuerwehr ein toter Fisch schwimmt, der geborgen werden müsste.“

Foto: privat



Jacqueline Förderer,
Bürgermeisterin der Stadt Schrozberg

„Ich bin schon lange im Netzwerk dabei. Solche Treffen erden mich. Es verbindet zu erleben, dass wir alle ähnliche Herausforderungen haben, ob bei uns in Baden-Württemberg oder hoch oben im Norden. Was ich von diesem Treffen mitgenommen habe: In der Bundespolitik ist offenbar angekommen, wie drängend die finanziellen Nöte der Kommunen sind. Zu vielen steht das Wasser bis zum Hals. Ich habe große Erwartungen, dass hier etwas passiert.“



Foto: Liesa Johannsen-Kopplitz



Marlo Kratzke,
Bürgermeister der Stadt Ronnenberg

„Ich bin zum dritten Mal bei einer Jahrestagung des Netzwerks. Bei jeder habe ich etwas für meine eigene Stadt mitgenommen. So habe ich beim letzten Mal Pumtracks kennengelernt, eine Art moderne Skaterbahn, die von diversen Rollsportgeräten genutzt werden kann. Das setzen wir in Ronnenberg jetzt auch um. Hier sind so viele Menschen, die erfrischende Ideen haben! Bei der Digitalisierung etwa gehen wir Jungen oft voran. Sehr wichtig finde ich auch den Austausch, wie wir die Demokratie bewahren können.“

Foto: Stadt Ronnenberg



Wiebke Şahin-Connolly,
Bürgermeisterin von Zossen

„Ich bin sehr gerne bei den Jahrestreffen, habe hier tolle Kolleginnen und Kollegen kennengelernt. Als Bürgermeisterin fühlt man sich manchmal wie ein Alien. Hier denke ich: welcome back to earth. Diesmal ist das Thema Finanzen sehr präsent, bei allen ist die Lage schwierig. Gut gefallen hat mir ein Workshop zum ÖPNV. Da ging es nicht so sehr um Bus oder Straßenbahn, sondern darum, wie man unterschiedliche Meinungen zusammenbringen kann. Das fand ich hilfreich.“



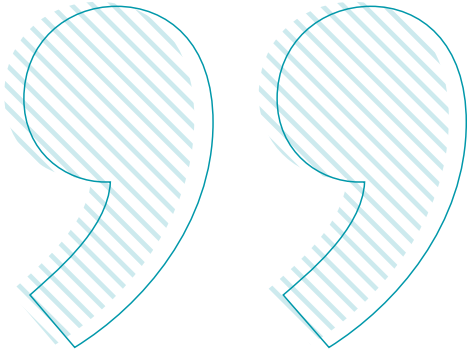
Foto: privat



Florian Atzmüller,
Bürgermeister der Gemeinde Wartmannsroth

„Ich war bei fast allen Treffen dabei, von Beginn an. Mir gefällt, dass man sich hier ungezwungen vernetzen kann. Neue Gedankenstränge mitnimmt, wie man Probleme angeht. Über die Jahre haben sich nicht nur Kontakte vertieft, auch das Netzwerk selbst hat sich entwickelt: Es ist immer professioneller geworden. Ich mag es, dass es hier zu so vielen Themen kompetente Sparringpartnerinnen und -partner gibt, von der Energiewende bis zu den Kommunalfinanzen.“

Foto: privat



MEIN RATHAUS ...

Mit rund 88.000 Einwohnern ist Zwickau die viertgrößte Stadt Sachsens. 1118 erstmals urkundlich erwähnt, ist sie bekannt als Geburtsort des Komponisten Robert Schumann und des Expressionisten Max Pechstein.

Die Innovationskraft zeigt sich exemplarisch in der Automobilindustrie: Seit über 120 Jahren werden hier Fahrzeuge entwickelt und gebaut – von HORCH über Audi und den Trabant bis hin zur ID-Familie von Volkswagen.

Zwickau zeichnet sich durch eine lebendige Innenstadt mit einmaligen Denkmälern aus. Die Priesterhäuser aus dem 13. Jahrhundert, die Katharinenkirche mit dem Cranach-Altar oder das 1525 eröffnete Gewandhaus belegen beispielhaft den baulichen Reichtum. Das erste Haus am Platz ist und bleibt das Rathaus. Aus seiner Entstehungszeit ist heute noch die 1473 bis 1477 erbaute Jakobskapelle erhalten. Die äußere Gestalt mit der neogotischen Fassade stammt aus den 1860er Jahren.

Mit der zweijährigen Sanierung vor 15 Jahren wurde erfolgreich das Ziel realisiert, das Rathaus zu einem politischen und Dienstleistungszentrum umzugestalten. Ein moderner Ergänzungsbau verbindet sich mit dem denkmalgeschützten Altbau zu einem Ensemble und sorgt für Transparenz. Neben dem neu konzipierten Bürgerservice wurden ein Café und ein Modegeschäft etabliert – ein wichtiger Beitrag zur weiteren Belebung des Zentrums der Automobil- und Robert-Schumann-Stadt.

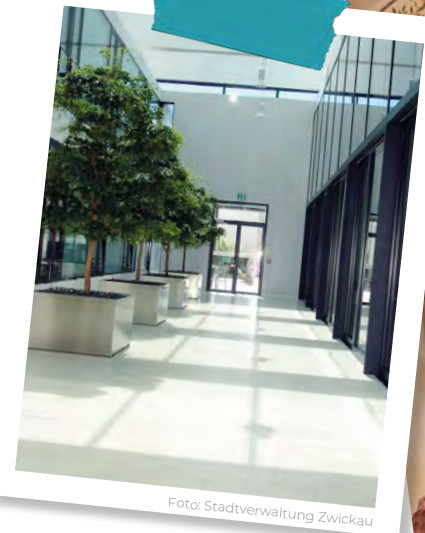


Foto: Stadtverwaltung Zwickau



Foto: Gregor Lorenz

*Für mich ist unser
Rathaus mehr als ein
Verwaltungsgebäude – es
ist ein Symbol für Haltung,
Offenheit und die Kraft,
Geschichte und Zukunft
miteinander zu verbinden.*



SILVIA QUECK
Bürgermeisterin Bauen
der Stadt Zwickau

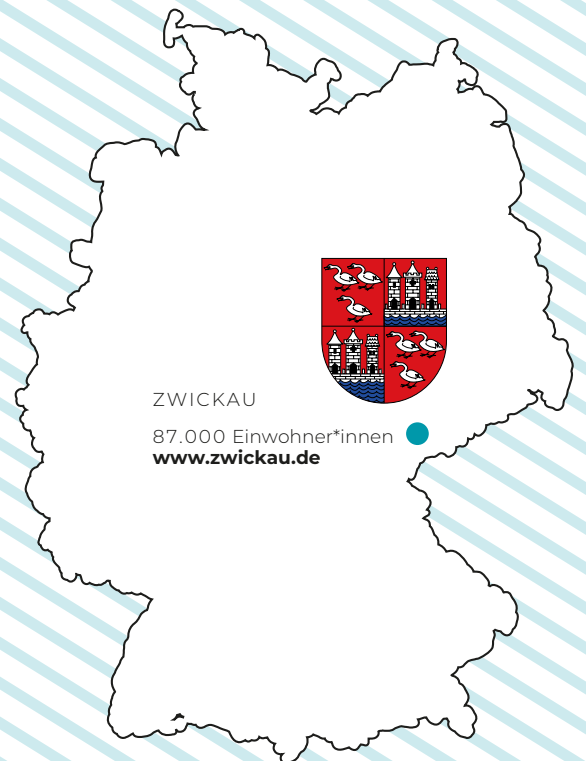
Foto: Stadtverwaltung Zwickau



Foto: Oliver Borchert



Foto: Gregor Lorenz





Neugewählter Vorstand und die ausgeschiedenen Kolleg*innen

Von der Idee zur Institution

Sechs Jahre Netzwerk Junge Bürgermeister*innen – eine Zwischenbilanz

Unsere Jahreskonferenz 2025 war kein gewöhnliches Treffen – sie war ein deutliches Zeichen. Mehr als 330 Teilnehmende aus Politik, Medien, Wirtschaft und Zivilgesellschaft kamen zusammen. Gemeinsam mit jungen Bürgermeister*innen aus dem ganzen Land haben wir diskutiert, uns vernetzt,

„Wie finanzieren wir unsere Kommunen nachhaltig? Wie gelingt der digitale Wandel im Alltag? Wie entlasten wir das Ehrenamt und bauen bürokratische Hürden ab? Und immer wieder: Wie halten wir Demokratie vor Ort lebendig?“

gegenseitig inspiriert. Die großen Fragen, die uns in den Rathäusern täglich begegnen, standen im Zentrum: Wie finanzieren wir unsere Kommunen nachhaltig? Wie gelingt der digitale Wandel im Alltag? Wie entlasten wir das Ehrenamt und bauen bürokratische Hürden ab? Und immer wieder: Wie halten wir Demokratie vor Ort lebendig?

Manche Momente werden in Erinnerung bleiben. Als Thorsten Frei, Bundesminister für besondere Aufgaben, nicht nur redet, sondern aufmerksam zuhört. Wenn Petra Roth, ehemalige Oberbürgermeisterin von Frankfurt am Main, daran erinnert, wie viel politisches Potenzial in den Rathäusern steckt, und Jörg Schönenborn über die Verantwortung der Medien redet. Dr. Dörte Dinger, die Chefin des Bundespräsidialamts, brachte die Perspektive des Bundespräsidenten ein, Ministerpräsident Winfried Kretschmann lobte die kommunale Selbstverwaltung als gelebte Mündigkeit. Die Bühne zeigte, was uns ausmacht: offen, streitbar und zugleich zugewandt.

Dass unsere Themen öffentlich Resonanz fanden, war kein Zufall. Die Konferenz wurde begleitet von Beiträgen auf tagesschau.de, in Berliner Zeitung und DEMO, mit Interviews junger Amtskolleginnen und Amtskollegen im BR, beim SWR, HR, im RBB, DLF und vielen weiteren – ein deutliches Zeichen: Kommunalpolitik ist keine Fußnote der Demokratie, sondern ihr Fundament.

Einer der bewegendsten Momente der Tagung für mich war meine Wiederwahl als Bundesvorsitzender. Mit breiter Zustimmung und sichtbarem Rückhalt startet unser gesamtes Vorstandsteam gemeinsam mit Dominik Brasch und Martin Aßmuth, die weiterhin dabei sind, und Maren Busch, Nils Neuhäuser und Madeline Temme, die neu mit dabei sind, in eine neue Amtszeit. Auch im erweiterten Vorstand zeigt sich Kontinuität und Aufbruch zugleich – mit neuen Stimmen und vertrauten Gesichtern. Unser großer Dank gilt auch jenen, die den Staffeln weitergegeben haben. Ihr habt dieses Netzwerk nicht nur begleitet, sondern geprägt. Besonderer Dank gilt hier der bisherigen Ersten stellvertretenden Bundesvorsitzenden Julia Samtleben und Wiebke Şahin-Connolly.

Heute ist das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen ein fester Teil der politischen Landschaft. Aber bis es so weit war, gab es eine Vorgeschichte, auf die ich hier zurückblicken möchte.

Von einer Idee zur Bewegung

Frühjahr 2019, Berlin: Die ersten jungen Bürgermeister*innen kommen zum Kick-off-Meeting zusammen – getragen von dem Wunsch, Kommunalpolitik nicht nur zu verwalten, sondern neu zu denken. Die Frage lautete: Braucht es so ein Netzwerk? Die Antwort lautete: JA. Es war der Anfang eines Weges, der bis heute von Aufbruch, Zusammenhalt und der Lust am Gestalten geprägt ist. Die Unterstützung prominenter



*„Grußworte,
Debattenbeiträge,
offene Briefe,
Statements –
immer dann, wenn es
darauf ankam, war das
Netzwerk zur Stelle.“*

Selfie bei der
Vereinsgründung 2022



MICHAEL
SALOMO
Oberbürgermeister
der Stadt Heidenheim

Foto: Liesa Johannsen-Koppitz



2019 wurde in Bad Soden-Salmünster das Netzwerk aus der Taufe gehoben.

ter Stimmen wie Diana Kinnert, damals im Zukunftsrat der Union, oder Andreas Wunn, dem Chef des ZDF-Morgenmagazins, verlieh der Initiative schon früh Rückenwind.

Der entscheidende Schritt folgte wenige Monate später in Bad Soden-Salmünster. Dort entstand das, was bald zur Bewegung werden sollte: ein parteiübergreifendes Netzwerk junger Amtsinhaber*innen, verbunden durch gemeinsame Erfahrungen, ähnliche Herausforderungen – und einen unbedingten Gestaltungswillen.

Was folgte, war kein Leerlauf. Schon im Herbst 2019 fanden sich Bürgermeister*innen in Herzebrock-Clarholz zum ersten kleinen Treffen zusammen. Einer der Gesprächspartner: kein Geringerer als Ralph Brinkhaus, damals Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU im Bundestag. Schon damals war unsere Botschaft: Wir reden nicht nur, wir handeln.

Turbozündung

Anfang 2020: Die Reise nach Zwickau markierte ein erstes entscheidendes Highlight.

Das Thema war ernst – Hass und Gewalt gegen Kommunalpolitiker*innen. Der Bundespräsident hatte uns eingeladen und trat in Zwickau als mahnende und ermutigende Stimme auf. In dieser Atmosphäre wuchs das Bewusstsein, dass das Netzwerk mehr ist als ein Austauschforum. Es ist Schutzraum, Sprachrohr, Bollwerk. Zwei Tage später: der erste Corona-Lockdown Stillstand in Deutschland und gleichzeitig Turbozündung für unser Netzwerk. Denn war die Planung zuvor vor allem auf analoge Formate ausgerichtet, stellten wir nun fest, digital geht es auch, sogar mehr, schneller und intensiver.

Gleich zum Auftakt der Corona-Pandemie, im April 2020, entstand der Podcast „WirKommunalen – Nachgefragt!“. Was als improvisiertes Digitalformat begann, wurde zum Archiv junger kommunalpolitischer Stimmen und Ideen. Über 110 Folgen später ist klar: Hier spricht eine Generation, die weiß, was sie will.

*„Es war der Anfang
eines Weges, der bis
heute von Aufbruch,
Zusammenhalt und
der Lust am Gestalten
geprägt ist.“*

Fast gleichzeitig wurde der digitale Stammtisch geboren – ein niedrigschwelliges, regelmäßiges Format, das bis heute lebt. Und unser Magazin „WirKommunalen“ erblickte das Licht der Welt, eröffnet durch ein Grußwort des Bundespräsidenten in der ersten Ausgabe. Die erste große Digitalkonferenz folgte wenig später – mit Stimmen aus der Bundespolitik, aus Europa und mit viel kommunalem Know-how.

Auch in den Jahren danach ließ das Netzwerk nicht locker. Grußworte, Debattenbeiträge, offene Briefe, Statements – immer dann, wenn es darauf ankam, war das Netzwerk zur Stelle. Ob im Umgang mit radikalen Protesten, bei der Sirenenförderung oder zur Lage am Wohnungsmarkt: Die Perspektive der kommunalen Praxis wurde eingebracht – klar, fundiert und pointiert.

Zu den wichtigen Höhepunkten der Vereinsgeschichte zählt zweifellos das erste Jahrestreffen 2021 in Berlin. Nachdem das ursprünglich für

2020 geplante Treffen coronabedingt abgesagt werden musste, fiel es im November 2021 – mit viel Glück – genau in eine kurze pandemiebedingte Lockerungsphase. Endlich kamen junge Bürgermeister*innen aus ganz Deutschland persönlich zusammen, viele sahen sich zum ersten Mal. Es wurde diskutiert, gelacht, vernetzt – und damit ein Meilenstein für das Netzwerk gesetzt. Ralf Spiegler, Präsident des DStGB, Alfred Riedl, Präsident des österreichischen Gemeindebunds, Unternehmer Carsten Maschmeier sowie Katja Horneffer, Chefin des ZDF-Wetterteams, waren unsere Gäste auf der Bühne.



Wiedergewählt zum Bundesvorsitzenden: Michael Salomo



2020 auf Einladung des Bundespräsidenten in Zwickau

Schlag auf Schlag

Und es ging weiter, Schlag auf Schlag. Im Februar 2022 waren wir mit unserer AG Koalitionsvertrag in Berlin mit jungen Bundestagsabgeordneten verschiedener Fraktionen im Austausch, ehe im März 2022 eine große Delegation unseres Netzwerks beim Auftakt zur Reihe „Ortszeit Deutschland“ des Bundespräsidenten auf dem Podium saß – neun von zwölf Teilnehmenden kamen direkt aus unseren Reihen. Etwa die Hälfte der geladenen Gäste waren auf unseren Vorschlag hin eingeladen worden – ein deutliches Zeichen der Anerkennung.

Ein weiterer Meilenstein folgte im Juni 2022: Die Vereinsgründung verlieh dem Netzwerk neue Schlagkraft. Aus einer Initiative wurde eine Organisation mit Satzung, Struktur und Vorstand. Ziel war und ist es, Handlungsfähigkeit zu sichern und gleichzeitig die Energie und Offenheit der Anfangszeit zu bewahren.

Nur wenig später, im September 2022, reiste eine Delegation zum ersten österreichischen Jungbürgermeister:innen-Treffen nach Wien – inklusive Besuch bei Bundeskanzler Karl Nehammer. Im November folgte die Veröffentlichung eines individualisierbaren Kinderbuchs, das inzwischen in über 50 Kommunen ein realistisches Bild des Bürgermeisteramts vermittelt – und dabei Kindern spielerisch Lust auf Demokratie macht.

Im Januar 2023 nahmen einige Bürgermeister*innen aus dem Netzwerk am internationalen Partnerforum „United for Ukraine“ in Wrocław teil. Im Sommer folgte eine erste umfassende Befragung unter jungen Bürgermeister*innen zu den wachsenden Belastungen in den Kommunen. Die Ergebnisse waren alarmierend – und sie blieben nicht folgenlos: Im September 2023 ging ein Brief mit zentralen Forderungen direkt an Bundeskanzler Olaf Scholz.

Im Januar 2024 veröffentlichte das Netzwerk einen vielbeachteten Aufruf gegen Rechtsextremismus. In ganz Deutschland gingen Menschen auf die Straße. Unsere Stimme war Teil dieser Bewegung. Ebenfalls im Januar 2024 setzte das Netzwerk seine Rolle als Seismograf der kommunalen Wirklichkeit fort. Eine weitere Befragung zeichnete ein klares Bild: Fast vier von fünf jungen Bürgermeister*innen arbeiten an oder über ihrer Belastungsgrenze. Besonders kritisch: die finanzielle Lage. Ein Drittel der befragten Kommunen

sah sich als nicht mehr handlungsfähig. Die Ergebnisse wurden im April auf der Auftaktveranstaltung der „Allianz für Kommunen“ im Bundesinnenministerium Innenministerin Nancy Faeser präsentiert.

Im Juni 2024 starteten wir auf der Jahrestagung ein neues, mutiges Format: „Mayor Moves – Bock auf Rathaus?!“ – eine Videoreihe im Superwahljahr, die „Bock auf Rathaus“ machen sollte. Die Kampagne will Lust machen auf Verantwortung, Realitäten zeigen, Vorurteile abbauen – und dabei ein ehrliches Bild vom Alltag im Rathaus vermitteln. Junge Bürgermeister*innen treten dabei als authentische Vorbilder auf.

Ort des guten Gefühls

Im September folgte das nächste starke Zeichen: Auf Einladung des Bundespräsidenten war das Netzwerk mit einem eigenen Stand beim Bürgerfest im Park von Schloss Bellevue vertreten. Das Fest stand ganz im Zeichen des Ehrenamts – und damit auch im Zeichen der vielen jungen Bürgermeister*innen, die sich vor Ort mit Engagement, Herzblut und Vision für ihre Kommunen einsetzen.

Kurz darauf gab es eine Einladung ins Bundeskanzleramt, um mit Benjamin Mikfeld, Abteilungsleiter Grundsatz im Bundeskanzleramt, über die Herausforderungen vor Ort, über Lösungsansätze, über das, was Kommunalpolitik leisten kann, wenn man sie lässt, zu reden. Weitere Austauschgespräche sollen die enge Zusammenarbeit zwischen Bund und Kommunen stärken. Dann kam die Entscheidung zur vorgezogenen Neuwahl und unsere Kontakte ins Kanzleramt schienen wieder zu versiegen. Doch das Gegenteil war der Fall, wie der Besuch von Kanzleramtsminister Thorsten Frei auf unserer Konferenz eindrücklich zeigt.

Sechs Jahre nach dem ersten Treffen ist das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen nicht nur gewachsen – es ist gereift. Es ist nicht mehr nur Ort des Austauschs, sondern auch Akteur, Plattform, Stimme und Inspiration. Wer hier Mitglied ist, findet nicht nur Verbündete, sondern Gleichgesinnte, Ideen – und das gute Gefühl, nicht allein zu sein in einer Verantwortung, die oft einsam macht.

Und die Geschichte ist längst nicht zu Ende erzählt. Denn eines ist klar: Wer Kommunen stärkt, stärkt die Demokratie. Das bleibt unser Auftrag. Und unser Versprechen.

*„Wer Kommunen stärkt,
stärkt die Demokratie.
Das bleibt unser Auftrag.
Und unser Versprechen.“*



Foto: Bundesregierung/Steffen Kugler

Der Ehrentag stärkt, was uns verbindet – in Städten, in Gemeinden, in unserem Land

VON BUNDESPRÄSIDENT FRANK-WALTER STEINMEIER

Demokratie beginnt vor Ort. In den Kommunen erleben Bürgerinnen und Bürger Gemeinschaft, dort entscheiden sie ganz unmittelbar über ihre Belange, dort werden die Werte unseres Grundgesetzes verwirklicht. Am 23. Mai feiern wir den Geburtstag unseres Grundgesetzes. Im kommenden Jahr möchte ich diesen Tag zu einem bundesweiten „Ehrentag“ machen. Es soll ein Tag sein, an dem wir Ehrenamt und Engagement feiern und zugleich überall in unserem Land Menschen dazu bewegen, anzupacken und gemeinsam aktiv zu werden. Meine Bitte ist: Machen Sie mit Ihrer Stadt, mit Ihrer Gemeinde auch mit!

Der Ehrentag verbindet

Engagement vor Ort zu würdigen und zu stärken – dieser Gedanke steht hinter meiner Initiative „Der Ehrentag. Für dich. Für uns. Für alle.“ Am 23. Mai 2026 sind Bürgerinnen und Bürger im ganzen Land eingeladen, sich in vielfältigen Mitmach-Aktionen für eine gute Sache zu engagieren. Dabei sollen all diejenigen Wertschätzung erfahren, die bereits heute ehrenamtlich aktiv sind. Gleichzeitig sollen möglichst viele Menschen Gelegenheit haben, selbst zu erleben, was das gemeinsame Anpacken bewirken kann. Der Ehrentag will etwas in Bewegung setzen, das über diesen

Tag hinausweist. Engagement schafft Verbundenheit mit der eigenen Stadt oder Gemeinde: Was hier passiert, das geht mich etwas an und das kann ich mitgestalten.

Der Ehrentag schafft Begegnung

Wie machen wir diesen Ehrentag zu einem lebendigen Tag? Zu einem Tag, der nicht nur Mut, sondern auch Spaß macht, der zum Mitmachen motiviert? Ich wünsche mir, dass möglichst viele unterschiedliche Orte in ganz Deutschland an diesem Tag zu Bühnen des ehrenamtlichen Engagements werden. Und dass dort ganz verschiedene Menschen zusammenkommen – unabhängig von Alter, Herkunft oder gesellschaftlichem Hintergrund: Da liest die Seniorin im Kinderhospiz vor, da tritt ein Chor im Gefängnis auf, da finden sich die Ärztin, der Handwerksmeister und die IT-Expertin zusammen und streichen gemeinsam die Wände des Sportlerheims neu. Oder eine Unternehmerin organisiert ein Straßenfest. Die Menschen kommen miteinander ins Gespräch, tun etwas für ihr Umfeld und lernen dabei auch ihre Mitmenschen besser kennen. So wachsen Verständnis, Solidarität und Verbundenheit, die für unser Gemeinwesen unentbehrlich sind. Ich möchte mit dieser Initiative alle erreichen und jeder und jedem Einzelnen zurufen: Feiere mit am Ehrentag und mach mit – für dich, für uns, für alle!

Der Ehrentag stiftet Vertrauen

Etwas zu geben, das einem anderen Menschen hilft oder ihm eine Freude macht – das wirkt positiv nach. Man erlebt dabei: Ich kann etwas bewirken, auf mich kommt es an, ich mache



Der Bundespräsident



Deutsche Stiftung
für Engagement
und Ehrenamt



Der Ehrentag

Für dich. Für uns. Für alle.



ZEIT
STIFTUNG
BUCERIUS

einen Unterschied. Und es macht Freude, mit den eigenen Ideen und Fähigkeiten etwas voranzubringen. Am Ende des Tages ist die Welt ein kleines Stück besser, freundlicher und lebenswerter geworden. Wo Menschen gemeinsam anpacken und erleben, dass sie etwas bewegen können, da erleben sie auch Zusammenhalt, da entsteht Vertrauen: in uns selbst, in das Gegenüber, in unsere Gesellschaft, in unsere Demokratie. Und wer etwas für andere tut, bekommt oft mehr zurück, als er gibt: Freude, gemeinsames Lachen, Sinn.

Der Ehrentag funktioniert – vor Ort

Bei der Vorstellung der Initiative am 23. Mai 2025 im Schloss Bellevue hat ein Bürgermeister die Idee des Ehrentages wunderbar auf den Punkt gebracht. Die Stadt, der Staat, das bist du, das bin ich, das sind wir alle, jede und jeder Einzelne von uns. Das Grundgesetz ist ein Auftrag, den wir alle miteinander haben.

Als Bürgermeisterin und Bürgermeister zeigen Sie jeden Tag aufs Neue: Demokratie ist nichts Abstraktes, sondern sie entsteht durch die tägliche Praxis des Miteinanders. Ich wünsche mir, dass Sie sagen: Wir als Stadt oder Gemeinde, wir sind dabei beim Ehrentag am 23. Mai 2026! Sie wissen am besten, was Ihre Kommune braucht, wo Unterstützung benötigt wird, welche bereits bestehenden Formen des ehrenamtlichen Engagements einbezo-

gen werden können. Planen Sie eine Aktion, begeistern Sie andere dafür! Bringen Sie die verschiedenen Akteure aus Wirtschaft, Kultur und Bildung, aus Vereinen und allen Organisationen, die ihr direktes Umfeld ein Stückchen besser machen, in Ihrer Kommune zusammen. Damit aus den vielen kleinen Ideen und Aktionen etwas Großes entsteht: Der Ehrentag.



Der Ehrentag – braucht Engagement:

Am 23. Mai 2026 feiern Engagierte in ganz Deutschland den Ehrentag mit einer bundesweiten Mitmachaktion: Der Ehrentag. Für dich. Für uns. Für alle.

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ist Initiator und Schirmherr des Ehrentages. Dieser wird in Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) umgesetzt. Als Unterstützer konnten bislang die Deutsche Postcode Lotterie und die ZEIT STIFTUNG BUCERIUS gewonnen werden.

Weitere Informationen und Kontaktmöglichkeit speziell für Kommunen unter www.ehrentag.de



Zukunft gestalten. Gemeinsam mit der KGSt für

STARKE KOMMUNEN

Seit mehr als 75 Jahren begleitet die KGSt Kommunen mit innovativen Empfehlungen, Konzepten und Lösungen im Prozess der Verwaltungsmodernisierung.

Unsere Stärken



Kraftvolles Netzwerk

aus über 2600 Städten, Kreisen, Gemeinden und Verwaltungsorganisationen



Kooperationen

mit Verbänden, Hochschulen, Wissenschaft und Wirtschaft



Engagiertes Team

von über 70 aufgeschlossenen, hinterfragenden und experimentierfreudigen Menschen

Das bieten wir unseren Mitgliedern

- ✓ Ganzheitliche Strategien und praxisorientierte Lösungen in den Bereichen Finanz-, Organisations-, Personal- und Informationsmanagement
- ✓ Exklusives Wissensportal mit Arbeitsergebnissen, Datenbanken und Zusatzangeboten
- ✓ Lösungskonzepte für kommunale Fachthemen wie Soziales, Kultur und Wirtschaftsförderung
- ✓ Vielfältiges Fortbildungsprogramm, wertvolle Vergleichsarbeit und individuelle Beratung



Informieren, teilnehmen, mitgestalten:
Wir freuen uns!
www.kgst.de



KGSt
Kommunale Gemeinschaftsstelle
für Verwaltungsmanagement

Adresse
Gereonstr. 18-32
50670 Köln

Kontakt
Fon: +49 221 37689-0
kgst@kgst.de | www.kgst.de

Zwischen Bürgernähe und Leistungsfähigkeit – was kleine Kommunen heute brauchen

Ein Rückblick auf die KGSt-Zukunftswerkstatt in Kassel

VON DOMINIK BRASCH

Kassel. Der Kulturbahnhof als Ort der Begegnung. Mehr als 100 Verantwortliche kleiner Städte und Gemeinden aus ganz Deutschland kamen Ende April zur ersten Zukunftswerkstatt „Kleine Kommunen“ der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) zusammen. Eine Premiere – und ein starkes Signal. Denn selten zuvor standen die besonderen Herausforderungen kleiner Kommunen so im Zentrum einer solchen Veranstaltung. Als Bürgermeister einer Kurstadt zwischen Vogelsberg und Spessart und als stellvertretender Bundesvorsitzender des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen durfte ich den Auftakt dieser Werkstatt mitgestalten. Es war mir Anliegen und Antrieb zugleich.

Zwischen Erwartungsdruck und Bürgernähe

Wenn wir über kleine Kommunen sprechen, dann sprechen wir nicht über Randphänomene der politischen Wirklichkeit. Wir sprechen über die Ebene, auf der Politik tagtäglich konkret wird – im Guten wie

im Herausfordernden. In kleinen Städten und Gemeinden sind politische Entscheidungen keine abstrakten Prozesse, sondern sichtbare Realität. Hier werden Wärmenetze geplant, Photovoltaikanlagen installiert, Schulmensen saniert – oder eben nicht. Hier zeigt sich, ob Verwaltung funktioniert. Und ob Demokratie spürbar bleibt.

Doch genau das wird zunehmend schwieriger. Unser aktuelles Stimmungsbarometer – eine jährliche Erhebung unter den Mitgliedern unseres Netzwerks – macht deutlich: 2023 hielten noch 48 Prozent der befragten Bürgermeister*innen ihre Kommune für finanziell handlungsfähig. 2025 sind es nur noch 18 Prozent. Gleichzeitig sagen 43 Prozent, dass ihre Haushaltslage defizitär mit erheblichem Fehlbetrag sei. Das ist nicht nur ein finanzielles Problem – es ist ein demokratietheoretisches.

Denn was nützt Bürgernähe, wenn am Ende keine Antworten mehr möglich sind? Was hilft das Gespräch auf dem Marktplatz, wenn es nichts mehr zu entschei-



DOMINIK
BRASCH

Bürgermeister von
Bad-Soden-Salmünster &
1. stv. Bundesvorsitzender
des Netzwerks Junge
Bürgermeister*innen

Foto: Liesa Johannsen-Koppitz

den gibt? Das Spannungsfeld zwischen Bürgernähe und Leistungsfähigkeit, das ich in Kassel zum Thema gemacht habe, ist längst keine theoretische Konstruktion mehr – es ist für viele von uns gelebter Alltag.

Hier ist Demokratie spürbar

Bürgernähe ist dabei mehr als ein politisches Schlagwort. Sie bedeutet Erreichbarkeit, Dialog, Verantwortung. Sie ist keine weiche Kategorie, sondern harte Arbeit: im Gespräch bleiben, Kritik aushalten, Entschei-





*Wer nicht will,
muss irgendwann,
kann dann aber nicht.*

GUNTER DUECK

Auftaktimpuls und anschließendes
Podium auf der KGSt-Zukunftswerk-
statt Kleine Kommunen in Kassel



dungen erklären. Sie ist die Voraussetzung für Vertrauen – und dieses Vertrauen ist in kleinen Kommunen noch spürbar vorhanden. Nicht, weil wir alles richtig machen, sondern weil wir sichtbar sind. Weil wir ansprechbar bleiben. Und weil Menschen wissen: Der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin ist nicht weit entfernt, sondern Teil der Lebensrealität vor Ort.

Gleichzeitig geraten wir aber unter einen wachsenden Erwartungsdruck – bei gleichzeitig schrumpfendem Gestaltungsspielraum. Das erzeugt ein Dilemma, das wir nicht länger ignorieren dürfen. Der Staat erwartet von uns Umsetzungsstärke, die Menschen erwarten Lösungen, und wir erwarten zu Recht, dass uns dafür die notwendigen Mittel und Freiheiten gegeben werden. Doch was wir erleben, ist das Gegenteil: Berichtspflichten, Kontrollmechanismen, überkomplexe Förderkulissen – allesamt Ausdruck eines grundsätzlichen Misstrauens gegenüber kommunaler Gestaltungskraft.

Dabei muss genau das Gegenteil geschehen. Jörg Schönenborn hat es bei unserer jüngsten Jahrestagung treffend formuliert: „Die kommunale Ebene ist kritische Infrastruktur unserer Demokratie.“ Wer also die Kommunen schwächt, gefährdet nicht

nur Verwaltungseffizienz, sondern die demokratische Verankerung des Staates. Vertrauen in die kommunale Ebene ist kein Wohlfühlthema – es ist eine Frage der demokratischen Resilienz.

Vertrauen ermöglichen

Ich bin überzeugt: Wer kommunale Leistungsfähigkeit stärken will, muss Vertrauen ermöglichen. Das bedeutet, Bürokratie abzubauen – nicht als symbolisches Reformprojekt, sondern als echte Entfesselung lokaler Energien. Es bedeutet, kommunale Finanzen zu stabilisieren – nicht als Haushaltskosmetik, sondern als Ausdruck demokratischer Handlungsfähigkeit. Und es bedeutet, die Perspektive zu wechseln: weg vom Bild der Kommune als verlängertem Arm höherer Ebenen – hin zu ihrer Anerkennung als eigenständiger, demokratischer Raum.

Die KGSt-Zukunftswerkstatt hat genau diesen Perspektivwechsel ermöglicht. Sie hat gezeigt, dass kleine Kommunen keine kleinen Aufgaben bewältigen – sondern im Gegenteil oft schneller, pragmatischer und mutiger agieren als andere staatliche Ebenen. In der Diskussion mit Kolleginnen und Kollegen wie Martina Schümers aus Herzlake oder mit Dr. Klaus Effing von der KGSt wurde deutlich, dass wir nicht auf die eine große Lösung warten müssen. Wir müssen die Vielfalt der Lösungen vor Ort stärken. Durch bessere Rahmenbedingungen. Durch weniger Misstrauen. Und durch mehr Zutrauen in das, was kommunale Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger leisten können.

*„Denn nur wenn
Kommunen wirksam
bleiben, bleibt
Demokratie spürbar.“*

Besonders gefreut hat mich, dass auch das Ehrenamt als tragende Säule kommunaler Leistungsfähigkeit sichtbar wurde. Am Beispiel des Naturbades in unserem kleinen Stadtteil Mernes konnte ich zeigen, was möglich ist, wenn Bürgersinn und Verwaltung zusammenwirken – nicht nebeneinander, sondern miteinander. Dieses „Miteinander“ ist unsere stille Infrastruktur. Ohne sie würden viele unserer Projekte gar nicht erst entstehen. Und doch wird sie politisch viel zu selten mitgedacht, geschweige denn strukturell gestützt.

Mut zum Gestalten

Ein weiterer Lichtblick: Trotz aller Herausforderungen gibt es in unserem Netzwerk eine hohe Bereitschaft zur Verantwortung. 77 Prozent der befragten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister wollen erneut kandidieren – mehr als in den Jahren zuvor. Das ist keine Selbstverständlichkeit, sondern ein Zeichen. Es zeigt, dass der Mut zum Gestalten trotz widriger Bedingungen da ist. Und es zeigt, dass eine neue Generation bereit ist, mit Erfahrung, neuen Ideen und klarem Kompass Verantwortung zu übernehmen.

Die Zukunftswerkstatt der KGSt war ein Anfang. Sie war ein Ausdruck dafür, dass kleine Kommunen nicht länger als Nebenschauplätze gesehen werden. Und sie war ein Beweis dafür, dass der Dialog über das, was kleine Kommunen heute brauchen, mehr ist als eine technische Verwaltungsfrage. Es ist eine Frage der demokratischen Substanz unseres Landes.

Denn nur wenn Kommunen wirksam bleiben, bleibt Demokratie spürbar.



Das obligatorische Gruppenbild der jungen Bürgermeister*innen

Mehr als ein Treffen – ein Statement

Die Jahreskonferenz der Jungen Bürgermeister*innen 2025



Schönes Ambiente, schwierige Themen und Networking bei Laugenbrötchen und Linsensalat: Rückblick auf eine Jahrestagung, die geprägt ist von klaren politischen Forderungen.

VON COSIMA SCHMIDT

Nun hat es schon Tradition. Einmal im Jahr reisen Hunderte junge Menschen aus ganz Deutschland nach Berlin. Sie haben Rollkoffer dabei und Visitenkarten und viele Fragen und Ideen.

Dieses Mal hat das Netzwerk in die Landesvertretung von Baden-Württemberg geladen, einen weiß-grauen Bau mit viel Platz und holzgetäfelten Wänden. Vom Garten her weht ein frischer Wind durch weit geöffnete Türen. Am Mittagsbuffet warten Linsen und Maultaschen auf hungrige junge Amtsträger*innen.

Schon bald füllen sich die Räume: Menschen umarmen sich, sammeln sich um Stehtische und nippen an Rhabarbersaftschorlen, die besser zur Juniwärme passen als ein heißer Kaffee. Seite an Seite sitzen sie im Saal oder laufen, in Gespräche vertieft, zum nächsten Workshop. Je später der Tag, desto vertrauter der Umgang. Aussteller*innen präsentieren innovative Ideen, mal von der Bühne aus, mal in einer Art Speeddating Stuhl an Stuhl mit je einem Bürgermeister, einer Bürgermeisterin. Ein goldener Staffelstab wird übergeben an den jüngsten Bürgermeister im Raum, den 19-jährigen Tim Sieper. Neben der Bühne flimmert ein Bildschirm: Erstmals werden die Redebeiträge auf der Bühne mithilfe von Video.Taxi aufgezeichnet und können so nachgelesen oder in andere Sprachen übersetzt werden.

Auch wenn viele Themen vertraut sind aus den Vorjahren – etwas hat sich verändert. Der Ton ist schärfer geworden. Für ein Netzwerk, das vieles unter einem Dach sammelt, Dorf und Großstadt, Nord und Süd, Ost und West, parteilos und parteigebunden, erklingt die Stimme erstaunlich unisono. Es wird deutlich, dass sich das Netzwerk längst auch



Foto: Luisa Jochimsen-Koppitz



Kanzleramtschef
Thorsten Frei

„Der Ton ist schärfer geworden. Für ein Netzwerk, das vieles unter einem Dach sammelt – Dorf und Großstadt, Nord und Süd, Ost und West, parteilos und parteigebunden, erklingt die Stimme erstaunlich unisono.“

als Sprachrohr versteht, durch das zentrale Botschaften besser gehört und gezielt weitergegeben werden.

Zwei große Anliegen sind es, die fast alle Diskussionen und manches Tischgespräch bestimmen: die Finanzlage der Kommunen. Und die Sorge um die Demokratie. Sowie die Überzeugung, dass beides zusammenhängt.

Es geht um Grundsätzliches. Wenn die Kommunen das Gesicht der Politik, die Vertreterinnen der Demokratie vor Ort sein sollen – dann brauchen sie nicht nur ein bisschen mehr Geld. Michael Salomo, der Vorsitzende des Netzwerks, fordert „einen Stresstest für den öffentlichen Haushalt“. Es müsse geprüft werden, ob jede Ebene die in der Verfassung verbrieften Rechte und die zugewiesenen Aufgaben erfüllen kann. Und zwar ohne auf Fördertöpfe angewiesen zu sein.

Auch Dr. André Berghegger, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, verweist in seinem Grußwort auf die schwierige Lage. „Jeden Tag fehlen der kommunalen Ebene 13 Millionen Euro. Das geht auf Dauer nicht gut. Wenn wir jetzt durch die Grundgesetzänderung neue finanzielle Spielräume haben, muss das Geld da ankommen, wo es gebraucht wird: bei uns.“

Immerhin: Die drei jungen Vertreter von CDU, SPD und Grünen, die sich zu einem Forum über Kommunal Finanzen eingefunden hatten, lassen erkennen, dass sie verstanden haben, wie drückend die Finanzlage der Kom-

munen ist. Und dass sie in ihre Parteien tragen wollen, wie sehr die Zeit drängt, Lösungen zu finden. Und auch Winfried Kretschmann, der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg, betont in seinem Grußwort: „Kommunen brauchen nicht immer neue Pakte und Förderhilfen, sondern grundsätzliche Reformen, um Einnahmen und Ausgaben wieder ins Lot zu bringen.“

Gut arbeitende Kommunen sieht auch Dirk Neubauer als elementar an für das Ansehen der Demokratie. Wie sehr diese bereits in Bedrängnis ist, hat der Ex-Bürgermeister von Augustusburg und einstige Landrat von Mittelsachsen selbst erlebt. Sogar im Supermarkt sei er angefeindet und bedroht worden: „Wir schlafen immer noch zu tief für das, was im Land passiert.“ Gerade im ländlichen Raum seien viele Eckpfeiler der Demokratie oft schon verloren. „Die AfD ist dort in jedem Verein.“

Für den CDU-Politiker Ruprecht Polenz, der eine „Anleitung zum Verteidigen der Demokratie“ geschrieben hat, ist es auch wichtig, dass die

Menschen begreifen: „Demokratie ist kein Zuschauersport.“ Und auch kein Pizzaservice, bei dem man bestelle und dann beliefert werde. Zu oft höre er den Satz: „Man müsste mal.“ Die Leute müssten begreifen, wie wichtig es ist, selbst aktiv zu werden. Bürgermeister*innen sollten auch im Kleinen das Miteinander fördern: Nachbarschaftsfeste unterstützen. Parkbänke über Eck stellen, so kommen die Leute eher ins Gespräch. Parteien helfen, indem sie ihnen Räume in Schulen für ihre Treffen anbieten.

Mehr Menschen an Kommunalpolitik herführen will auch die Hertie-Stiftung, die mit Popcornmaschine und Kickertisch zur Tagung gekommen ist und ihr Programm „Jugend entscheidet“ vorstellt. Die Idee: Kinder und Jugendliche sollen gezielt einbezogen werden und Vorschläge äußern, was sich in ihrem Heimatort ändern soll. Schließlich sind sie besonders viel auf Straßen, Radwegen und in Parks unterwegs, werden aber in ihren Wünschen und Bedürfnissen wenig

gehört. Damit möglichst viele Jugendliche mitmachen, nicht nur die vom Politik-LK, wirbt man auch in Jugendzentren für das Programm oder der Bürgermeister stellt sich auf einen Schulhof und verteilt Einladungen, berichtet Projektmitarbeiterin Nora Boutaoui. Laut der Stiftung geben die Jugendlichen viele Impulse, von denen nicht nur junge Menschen profitieren. Sie nennen Stellen, wo Mülleimer fehlen, wünschen sich rauchfreie Zonen an Bushaltestellen, bienenfreundliche Wiesen und ein Training für Lehrkräfte, damit diese rechtsextreme Codes erkennen.

Auch abseits der Hertie-Stiftung ist längst angekommen, wie wichtig es ist, Heranwachsende an Kommunalpolitik heranzuführen. Etwa beim Team der Möhrchenhefte, die sich an Grundschulkindern richten und hier mit einem Stand im Garten vertreten sind: Man feilt gerade an einem Rätselheft zur Demokratie. „Ich gehe aktiv auf die Schulen zu und sage: Kommt zu mir ins Rathaus und schaut euch an, was ich mache“, sagt auch Jacqueline Förderer, Bürgermeisterin von Schrozberg.

So sehr bei der Tagung die Finanzen und die Zukunft der Demokratie im Fokus stehen – auch diesmal gibt es die bewährte Themenfülle, verbindet sich Grundsätzliches mit Alltagspraktischem. Gleich drei Workshops widmen sich der Frage, wie man Kommunen und ihre Verwaltung erfolgreich und nachhaltig digitalisiert und dabei Stolpersteine vermeidet. In breiter Runde diskutiert man über einen Kulturwandel, der nötig sei, die Menschen in den Verwaltungen und die Abgeordneten in den Stadträten für digitale Umstellungen zu begeistern. Über Wege, wie gerade kleine Gemeinden bei der Digitalisierung mehr zusammenarbeiten könnten. Und wie der Bund sie unterstützen könnte.

Als dann nach vielen Stunden der Linsensalat gegessen, die eine oder andere Handynummer ausgetauscht ist, treten einige junge Männer und Frauen in Kleingruppen hinaus aus der Landesvertretung und blinzeln in die Berliner Abendsonne: Was wäre ein Netzwerktreffen ohne den informellen Austausch danach?

Voller Einsatz für starke Kommunen

Was im Netzwerk Junge
Bürgermeister*innen passiert (ist).

VON HENNING WITZEL,
VERBANDSGESCHÄFTSFÜHRER

Wenn man auf die vergangenen zwölf Monate des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen zurückblickt, kann man nur sagen: Da war ganz schön was los bei uns!

Fangen wir bei der Jahreskonferenz 2024 vor fast genau einem Jahr an. Sie war nicht nur ein inhaltliches Highlight mit tollen Gästen wie Carsten Schneider, Elisabeth Niejahr oder Katja Diehl. Sie war auch der Startschuss für unseren großen Strategieprozess: Wie wollen wir als Netzwerk in Zukunft arbeiten, wachsen und wirken? Diese Frage hat uns seither intensiv begleitet. Wir haben viel diskutiert, getüftelt und formuliert – immer mit dem Ziel, unsere Wirkung zu steigern und uns professioneller aufzustellen.

Gleichzeitig war die Konferenz auch Bühne für den Auftakt unserer Videoreihe „Mayor Moves – Bock auf Rathaus?“. Eure Stimmen, eure Geschichten, euer Engagement: Bis November wurden 14 Folgen produziert. Möglich gemacht wurde das durch die großartige Unterstützung der DSEE und der Bertelsmann Stiftung. Und ehrlich: Wer nach diesen Videos nicht Lust bekommt, Bürgermeister*in zu werden, dem ist nicht zu helfen.

Ein weiteres Highlight: das Bürgerfest des Bundespräsidenten im September. Mit einem eigenen Stand im Schlosspark Bellevue, im Gepäck unsere Mayor-Moves-Videos, Wir haben viele Gespräche geführt. Und einen Bundespräsidenten getroffen, der sich interessiert und der zuhört.

Netzwerk im Dauereinsatz

Weiter ging es Schlag auf Schlag: Auf der Smart Country Convention im Herbst waren wir mit einem vollbesetzten Roundtable vertreten – Staatssekretär Johann

Saathoff aus dem BMI war dabei. Parallel dazu war unser Vorstand zu Gesprächen im Bundeskanzleramt. Im November: unsere Beteiligung an der ersten Kommunalkonferenz des Bundesinnenministeriums, ein Panel beim „Politikerinnen Netzwerken RLP“ und das österreichische Jungbürgermeister:innen-Treffen in Vorarlberg. Kurz gesagt: Wir waren präsent – überall dort, wo über die Zukunft der Kommunen gesprochen wird.

Und 2025 ging genauso kraftvoll weiter: Im Januar erschien unser Debattenpapier „Ein moderner Staat beginnt in den Kommunen“, gefolgt von der ersten Werkstatt der Mutigen. Im Februar kam zur Bundestagswahl die dritte Runde unseres kommunalen Stimmungsbarometers. Die Ergebnisse? Eindeutig: Es brodelt in vielen Rathäusern. Die Belastungen steigen, gute Lösungen sind gefragt.

Beim Handelsblatt GovTech-Gipfel sprach Michael Salomo auf dem Podium, beim Staatsanzeiger Award ging der Preis „Bürgermeister in Mission“ gleich an zwei junge Bürgermeister: Matthias Beer und Sebastian Koch für ihren Podcast „Lerche & Bär“. Fun Fact: Seit vier Jahren gewinnen junge Bürgermeister*innen regelmäßig diesen Preis – was sollen wir sagen? Wir können es halt!

Im März und April folgten Veranstaltungen wie der „Ist das irre“-Kongress der Hertie-Stiftung, das Demokratieforum der Körber-Stiftung oder die KGSt-Zukunftswerkstatt Kleine Kommunen in Kassel. Wir waren überall dabei.

Weiter ging es mit der Hauptversammlung des Deutschen Städtetags in Hannover, dem Auftakt zum „Ehrentag 2026“ im Schloss Bellevue und anschließend der DStGB in Berlin. Ehe mit unserer Jahreskonferenz im Juni



2025 dann der Jahreshöhepunkt anstand – dazu an anderer Stelle dieses Heftes mehr.

Anfang Juli (aber nach Redaktionsschluss dieses Heftes) lief die zweite Werkstatt der Mutigen – bestimmt wieder mit vielen von euch, die Lust auf Austausch und neue Ideen für starke Kommunen haben.

Was vor uns liegt

Auch die zweite Jahreshälfte wird ereignisreich: Wir sind wieder beim Bürgerfest des Bundespräsidenten dabei – diesmal am Stand der Mercator Stiftung mit Matthias Beers Spiel „Kommunkids“. Im Oktober folgen gleich zwei Großveranstaltungen: Die Smart Country Convention, bei der wir erneut als Content-Partner aktiv sind, und die KOMMUNALE in Nürnberg, wo wir einen Roundtable und ein Netzwerktreffen organisieren wollen. Im November geht es weiter mit dem nächsten österreichischen Jungbürgermeister:innen-Treffen, dem zweiten Kommunalkongress des BMI (voraussichtlich in Mannheim) und dem Veolia Wasser Dialog in Leipzig.

Dazwischen versorgen wir euch mit neuen Ausgaben unseres WirKommunalen-Magazins, mit unserem monatlichen Newsletter und mit frischen Folgen unseres Podcasts.

Ein großer Schritt

Ein ganz besonderer Schritt liegt ebenfalls noch vor uns: Wir arbeiten aktuell gemeinsam mit der Stiftung Mercator daran, eine institutionelle Förderung auf den Weg zu bringen. Ziel ist eine weitere Professionalisierung und dabei auch der Aufbau einer eigenen Geschäftsstelle in Berlin. Damit schlagen wir ein neues Kapitel in der Geschichte des Netzwerks auf. Was wir uns davon erhoffen? Mehr inhaltliche Arbeit, Arbeitsgruppen zu Zukunftsthemen, stärkere Präsenz in der Bundespolitik – und eine bessere, dauerhafte Organisation des Austauschs unter euch jungen Bürgermeister*innen.

Auch die Zahl der „ehemals jungen Bürgermeister*innen“ wird wachsen – deshalb überlegen wir, wie ein Alumni-Kreis aussehen könnte. Vielleicht mit Mentoring-Formaten für neue Kandidat*innen oder ganz neuen Ideen. Wer sich alt genug fühlt, ist herzlich eingeladen, diesen Kreis aktiv mitzugestalten.

Danke für eure Energie!

Ihr merkt: Es bleibt spannend. Ich freue mich auf alles, was vor uns liegt – und vor allem darauf, es mit euch gemeinsam zu gestalten. Danke für euer Vertrauen, eure Energie und euren unermüdlichen Einsatz für gute Kommunalpolitik!



ANZEIGE



Wir laden Deutschland

Willkommen im
EnBW HyperNetz.

enbw.com/WirLadenDeutschland



Übersehene Helden?!



Foto: Liesa Johannsen-Koppitz

Auf der Bühne diskutieren mit Moderatorin Sally Lisa Starken Prof. Dr. h.c. Petra Roth, Oberbürgermeisterin a.D. Frankfurt am Main, Jörg Schönenborn, Programmdirektor Information, Fiktion und Unterhaltung beim WDR, Prof. Dr. Stephan Habscheid, Sprach- und Kommunikationswissenschaftler von der Universität Siegen, sowie unser Bundesvorsitzender Michael Salomo (v.l.n.r.).

Sie geben dem, was viele abstrakt als „die Politik“ bezeichnen, ein Gesicht. Sie sind nahbar und vor Ort verwurzelt. Doch manchmal wird wenig wertgeschätzt, wie wichtig Bürgermeister*innen für die Demokratie sind.

Die Heroen von heute tragen weder Schild noch Schwert. Sie wählen eher Blazer oder blaues Jackett und sitzen oft am Schreibtisch. Mut und Einsatz aber ist auch von ihnen gefordert, selbst wenn dies nicht immer gewürdigt wird. „Die übersehenen Helden: Warum Bürgermeister*innen für die Demokratie unverzichtbar sind“ – unter diesem Titel stand die Auftaktdiskussion der Jahrestagung. Sie stellte auch die Frage, wie Kommunen öffentlich stärker wahrgenommen werden können.

Vier Perspektiven

Auf der Bühne mit den weiß-grünen Stühlen haben sich renommierte Gäste eingefunden. Jörg Schönenborn, Programmdirektor Information, Fiktion und Unterhaltung beim WDR und bekannt als Experte, der in der ARD nach Wahlen mit Statistiken aufwartet. Prof. Dr. h.c. Petra Roth, die lange Jahre Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main und

Präsidentin des Deutschen Städtetags war und sich zunächst im Saal umschaute: „Der Jüngste hier könnte mein Enkel sein.“ Von der Universität Siegen ist der Sprach- und Kommunikationswissenschaftler Prof. Dr. Stephan Habscheid angereist. Das Netzwerk vertritt der Vorsitzende, Michael Salomo.

Vier Persönlichkeiten geben vier Perspektiven auf eine Frage, die viele im Saal umtreibt: Wie schaffen wir es, dass mehr Menschen begreifen, wie wichtig gut arbeitende Kommunen sind?

Denn in diesem Punkt sind sich die vier einig: Kommunen sind das Rückgrat unserer Demokratie. Wenn es dort gut läuft, die Kitas genug Plätze haben, die Bürgerämter zeitnahe Termine, wenn Spielplätze einladend sind und die Parks schön grün und nicht voller Müll – dann gibt das Rückhalt für unser politisches System.

Wie aber trägt man diese Erkenntnis, die hier im Saal niemanden überrascht, hinaus in die Welt? In die Köpfe auch der Menschen, die sich wenig Gedanken über das Schalten und Walten im Rathaus machen?

Petra Roth, die erfahrene Ex-Oberbürgermeisterin, rät zu mehr Selbstbewusstsein. „Ohne uns würde die Demokratie nicht leben. Bitte sagen Sie das auch!“ Sie erinnert daran, wie die BRD nach dem Krieg entstanden ist: „In den Gemeinden, dann erst in den Landtagen und dann im Bund. Und das müssen wir uns immer vor Augen halten. Ohne uns Bürgermeis-

ter würde die Demokratie nicht leben. Ohne uns würde sich die Demokratie in der heutigen Zeit nicht gegen linke und rechte Extremisten durchsetzen können. Also lassen Sie uns gemeinsam die kommunale Selbstverwaltung verteidigen und selbstbewusst auftreten.“

Für Jörg Schönenborn ist Kommunalpolitik „Teil der kritischen Infrastruktur der Demokratie. Etwas, was man in normalen Zeiten überhaupt nicht wahrnimmt und was plötzlich in kritischen Zeiten ganz wichtig wird.“

Das menschliche Gesicht der Politik

Und die Lage sei kritisch. Die Gesellschaft habe sich stärker polarisiert: „Mitte gegen Rand, liberal gegen autoritär.“ Die Polarisierung habe aber bei uns, anders als in den USA, bislang nicht zu einer gespaltenen Gesellschaft geführt. „In einer polarisierten Gesellschaft treffe ich im Alltag Menschen, die zu wichtigen Themen andere Werte vertreten. Ich erlebe im Alltag Konflikte, die manchmal wehtun, die nerven. Aber ich erlebe sie. In einer gespaltenen Gesellschaft ist der Graben so tief, dass auf der einen Seite nur Menschen sind, die im Wesentlichen das Gleiche denken. Wir haben noch Einrichtungen, die alle erreichen.“ Den Kommunen komme dabei eine besondere Aufgabe zu. „In der großen Politik sind die Risse größer. Vor Ort lassen sich eher Kompromisse finden, Themen wie Klimapolitik konkret umsetzen.“

Genau diese Nahbarkeit ist es, die auch für Habscheid das Bürgermeisteramt auszeichnet. In seiner Forschung widmet sich der Sprachwissenschaftler den kommunikativen Aufgaben der Bürgermeister*innen. „Wenn ich auf einer Veranstaltung in der Kommune, die der Bürgermeister, die Bürgermeisterin moderiert, mitdiskutieren kann, dann mache ich die Erfahrung, dass ich an Entscheidungsprozessen beteiligt bin.“ Das sei viel konkreter, als alle paar Jahre ein Kreuz auf einem Wahlzettel zu machen. „Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister können so etwas sein wie das menschliche Gesicht der Politik.“ Und sie brächten besondere Fähigkeiten mit. So seien sie oft virtuos, wenn es um die Moderation von Konflikten gehe, etwa in Stadtratssitzungen. „Man kommuniziert so, dass möglichst keiner sein Gesicht verliert.“

Rostende Speerspitze

Michael Salomo freut sich über das Lob, spart aber nicht mit kritischen Tönen: „Ja, wir sind die Speerspitze der Demokratie. Aber dann schaut doch bitte, dass die Speerspitze der Demokratie nicht wegstet. Wir sind da gerade an einem gefährlichen Punkt.“

Die Runde benennt einige Problemfelder: Es gebe so viele Pflichtaufgaben, dass die Bürgermeister*innen kaum Ressourcen haben, selbst zu gestalten. Auch seien, so betont es etwa Roth, die Vorgaben von Land und Bund oft zu starr: „Gebt doch den Kommunen die Möglichkeit, Dinge selbst zu entscheiden.“ Michael Salomo verweist darauf, dass es die

Glaubwürdigkeit der Politik untergräbt, wenn auf Landes- oder Bundesebene Gesetze beschlossen werden, für deren Umsetzung dann den Kommunen das Personal fehle. „Was nützt es, wenn der Bund das Wohngeld erhöht, die Leute aber ihr Geld nicht bekommen, weil aus Personalnot der Antrag lange nicht bearbeitet wird?“ Auch in der Forschung, sagt Habscheid, werde „Kommunalpolitik oft nicht so ernst genommen“.

Schönenborn warf zudem die Frage auf, ob immer die geeignetsten Leute im Rathaus Platz nähmen. Wer sich um das Amt bewirbt, entscheiden oft die Parteien, und die hätten ihre eigenen Kriterien. Zudem ziehen sich einige talentierte Menschen aus der Politik zurück, weil sie oder ihre Familien angefeindet werden. „Der Ton wird rauer“, bestätigt Salomo. „Viele sagen: Bürgermeister, das tue ich mir nicht an.“

Und die Rolle der Medien? In vielen Städten erscheint nur noch eine Zeitung, bestückt von Journalist*innen, die von Termin zu Termin hetzen oder aus Zeitmangel Pressemitteilungen abschreiben. Da bleibt wenig Raum, fundiert über die Politik vor Ort zu berichten. Immerhin eins habe sich verbessert: Kommunalpolitik habe heute in den Medien einen ganz anderen Stellenwert als vor 50 Jahren, sagt Roth. Das bestätigt auch Schönenborn: Beim WDR werde immer geprüft, wie man bei einem Thema auch die kommunalpolitische Ebene einbezieht. „Ein Bürgermeister kann über den Bau von Kitas viel mehr sagen als ein Gute-Kita-Gesetz-Schreiber in Berlin.“

Schönenborn richtet daher einen Appell an die versammelten Bürgermeister*innen im Saal:

**„Ich kann Sie nur ermuntern:
Seien Sie aktiv! Medien hören zu und
sind interessiert, wenn Sie eine gute
Geschichte zu erzählen haben. Lassen
Sie Ihre Pressestellen schreiben und
nachhaken und anrufen.“**

*„Wie schaffen wir es, dass mehr
Menschen begreifen, wie wichtig
gut arbeitende Kommunen sind?“*



Aufmerksames Publikum bei der Rede des Kanzleramtsministers



„Wir müssen Kommunen so ausstatten, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können.“

Beim Netzwerktreffen spricht Thorsten Frei, Chef des Bundeskanzleramts, über die schwierige Finanzlage, die Pläne der Regierung und einen Beruf, der so schön wie anstrengend ist.

Dreizehn Uhr am zweiten Tag einer Tagung, das ist oft eine träge Zeit. Die Stunde, in der mancher eher an einen starken Espresso denkt als an politische Debatten. Doch diesmal ist es anders. Im Saal ist so gut wie jeder Stuhl besetzt. Hunderte Augen schauen aufmerksam zur Bühne. Die betritt nun ein Mann, der sogleich bekennt: Ich hätte Mitglied bei Ihnen sein können. 2004 sei er ins Rathaus von Donaueschingen gewählt worden, erzählt Thorsten Frei. „Ich war damals für drei Jahre der jüngste Oberbürgermeister in Baden-Württemberg.“

Längst hat Frei die Lokalpolitik verlassen, ist heute Bundestagsabgeordneter, Bundesminister und Chef des Bundeskanzleramts. In diesem Kreis aber schaut er zurück auf eine intensive Zeit: „Ich weiß, dass Sie einen der schönsten Berufe haben, den man überhaupt nur ergreifen kann. Aber es ist eben auch einer der anstrengendsten.“ Wie sehr man von der eigenen Stadt, der Gemeinde in Beschlag genommen werde – das könne wohl nur ein anderer Bürgermeister, eine andere Bürgermeisterin nachvollziehen.

Frei geizt nicht mit Lob für die herausfordernde Aufgabe. Dies sei ein Amt, das „besonders leistungsstarke junge Menschen“ anziehe, die „Lust und Interesse haben, zu gestalten“. Sie seien diejenigen, „die Demokratie im unmittelbaren, persönlichen Nahbereich leben. Und deswegen bin ich wirklich davon überzeugt, dass von funktionierenden Städten und

Gemeinden letztlich auch die Funktionsfähigkeit des Staates im Ganzen abhängt.“

Wie das gelänge? Dabei spiele „der Faktor Geld“ durchaus eine Rolle. „Wir haben die kommunale Selbstverwaltung bei uns in der Verfassung stehen. Aber kommunale Selbstverwaltung setzt voraus, dass die notwendigen finanziellen Mittel da sind. Wenn Kommunen nicht über Geld verfügen, dann sind sie im Grunde genommen untere Verwaltungsbehörden, die Landes- und Bundesgesetze ausführen.“ Dies entspreche aber nicht dem Anspruch. „Kommunale Selbstverwaltung bedeutet, dass man vor Ort den Unterschied machen, Schwerpunkte setzen kann. Das setzt aber voraus, dass Kommunen finanziell so ausgestattet sind, dass sie ihre Aufgaben tatsächlich erfüllen können.“

„All das, was von ihnen erwartet wird, könnten die Kommunen nicht bezahlen.“

Kopfnicken im Publikum und interessierte Blicke. Denn auch wenn sich hier im Saal wohl alle einig sind, dass Kommunen angemessen finanziell ausgestattet werden sollen, bleibt die Frage, woher das Geld kommen soll.

Frei sieht „in allererster Linie“ die Länder in der Verantwortung. Das solle auch so bleiben. Bei der Krankenhausfinanzierung etwa sehe man, was es bedeute, wenn die Kommunen zwei Ansprechpartner haben, die Länder für die Investitionsförderung, den Bund für den laufenden Unterhalt: „Sie erleben immer wieder, dass der eine auf den anderen zeigt.“

Allerdings sei unübersehbar, dass der Bund Gesetze gemacht hat, die dann vor Ort in den Städten und Gemeinden umgesetzt werden sollen. „So etwas muss sich dann eben auch entsprechend abbilden.“

Er macht aber auch deutlich: Einfach ist das nicht. „Wir haben zwei Rezessionsjahre hinter uns. Wir leben in einer alternden Gesellschaft mit weniger Wirtschaftswachstum. Im Bereich der Kommunen gehen heute schon die Steuereinnahmen zurück.“



Alle Fotos: Liesa Johannsen-Koppitz

Freundlicher Empfang: Michael Salomo (l.) begrüßt Thorsten Frei.

All das, was von ihnen erwartet wird, könnten die Kommunen nicht bezahlen. „Aber ehrlicherweise muss man sagen, das kann niemand bezahlen, auch die Länder und der Bund nicht. Wenn die sozialen Ausgaben oder die Ausgaben der Umverteilung dauerhaft stärker steigen als die Wirtschaftskraft, dann endet es in einer Sackgasse.“ Diese Bundesregierung werde alles tun, um aus „dieser Rezessionsspirale“ herauszukommen – in der Hoffnung, dass künftig der Kuchen, der verteilt werden kann, wieder größer wird.

Man müsse sich aber auch mit der Frage beschäftigen: „Wie können wir die immensen öffentlichen Ausgaben, die wir haben, zielgerichteter ausgestalten? Wir werden darüber sprechen müssen, welche Aufgaben wir wahrnehmen können und wollen. Wir müssen schauen, dass wir die Leistungen, die wir als Staat und öffentliche Hand erbringen, kostengünstiger und effizienter erbringen können.“

*„1990 hat es in
Deutschland lediglich
5.000 Bauvorschriften
gegeben. Heute sind
es 20.000.“*

Immerhin etwas Geld dürfte bald in die klammen kommunalen Kassen fließen. Aus dem kreditfinanzierten Sondervermögen für Investitionen, auf das sich SPD und CDU mit

den Grünen noch vor der Neuwahl verständigt hatten, sollen 100 Milliarden Euro an die Länder fließen, auch zur Förderung kommunaler Investitionen. Frei berichtet den neuesten Stand: „Vor einer

Woche haben wir 60 Gesetzgebungsverfahren definiert, die wir bis zum Sommer noch umsetzen möchten oder jedenfalls auf den Weg bringen. Dazu gehört auch ein Errichtungsgesetz, das regelt, wie für Länder und Kommunen die Voraussetzungen zur Verteilung dieser 100 Milliarden Euro geschaffen werden können.“

Kaum hat Frei seine Rede beendet, schnellen im Publikum viele Arme in die Höhe. Zu Wort meldet sich etwa Witali Bastian, Bürgermeister von Molbergen: Für seine stark wachsende Gemeinde, die millionenteure Kitabauten vor sich habe, seien die geplanten Pakete nur „ein Tropfen auf den

heißen Stein“. Ob man noch anderes vorsieht, um auch kleine Kommunen auf Dauer zukunftssicher zu machen? Frei äußert Verständnis, macht aber deutlich, dass es „die wunderbare Geldvermehrung“ nicht gebe. Auch der Wunsch aus dem Publikum, Bürgermeister*innen grundsätzlich Personenschutz zu gewähren, sei nicht umsetzbar.

Wie wolle er Bürokratie abbauen, will die Bürgermeisterin Julia Samtleben wissen, die sich ärgert, dass sie in ihrer eher kleinen Gemeinde Stockelsdorf Planungsleistungen für fast alles europaweit ausschreiben muss, was Projekte in die Länge zieht. Frei sichert zu, dass man Bürokratie abbauen wolle und auch das Vergaberecht im Blick habe. Bürokratieabbau sei eine Daueraufgabe: 1990 habe es in Deutschland lediglich 5.000 Bauvorschriften gegeben. „Heute sind es 20.000.“

Am Ende war im Saal Lob für den Bundesminister zu hören. Endlich säße auf hohem Posten mal ein Mensch, der „Föderalismus versteht, durchdringt und die Kommunalverwaltung nicht als untere Verwaltungsbehörde ansieht“.

ANZEIGE

HASS? NICHT MEIN MANDAT!

Gewalt und Bedrohungen gehören nicht zu Ihrem Amt in der Kommunalpolitik. Schützen Sie sich – die starke Stelle hilft.

☎ 0800-300 99 44

🌐 www.starkestelle.de

✉ info@starkestelle.de

**starke
Stelle**

Ihr Kontakt gegen
Gewalt im Amt

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Der „Ehrentag“ – eine Idee mit vielen Vorzügen



Foto: Liesa Johannsen-Kopitz

König Charles pries das Konzept beim Staatsbesuch.
Nun soll es auch bei uns einen „Ehrentag“ geben.
Er könnte Nachbarn ins Gespräch bringen, den Gemeinsinn stärken und ein besonderes Datum aufwerten.

Der 23. Mai ist ein Sonderling unter den Ehrentagen. Zentral für unser Selbstverständnis, gepriesen in Staatsreden. Gerne wird an jenen Montag im Jahr 1949 erinnert, an dem mit dem Grundgesetz auch der Anspruch verkündet wurde, nach welchen Werten wir leben wollen. Aber schulfreigibt es am 23. Mai nicht. Läden haben geöffnet, in Büros und Fabriken herrscht Alltagsbetrieb. Wer nicht die Tagesschau einschaltet und keine Nachrichten liest, kann den Tag leicht übersehen.

Ein Umstand, über den man sich auf höchster Ebene Gedanken macht. Deshalb betritt am ersten Tagungstag Dr. Dörte Dinger, die

Chefin des Bundespräsidialamts, die Landesvertretung. Sie grüßt hier und da und geht auf die Bühne: „Für mich ist das hier ein bisschen wie nach Hause kommen. Viele von Ihnen wissen ja, dass der Bundespräsident, das Bundespräsidialamt und das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen seit Jahren eng zusammenarbeiten. Wir sind dafür sehr dankbar.“

Heute sei sie gekommen, um von einer Idee zu erzählen: einem bundesweiten „Ehrentag“, der am 23. Mai stattfinden soll. Denn bislang fehle „eine adäquate Form“, den Verfassungstag landesweit zu begehen. Der neue „Ehrentag“ könne den 23. Mai stärker

ins Bewusstsein rücken. Und dies auf eine Art und Weise, die dem Bundespräsidenten wichtig sei: Frank-Walter Steinmeier und seine Vorgänger seien „große Verfechter des Ehrenamts“.

Die Idee: Ein solcher „Ehrentag“ hebt nicht nur den 23. Mai heraus. Er könnte auch den Gemeinsinn stärken, indem er Leute zusammenführt, deren Alltagswege sich nie kreuzen. Er bringt Nachbarn ins Gespräch, die sich sonst allenfalls im Hausflur zunicken. Er sorgt für gesellige Momente. Und dafür, dass man sich stärker seinem Kiez, seinem Dorf, seiner Gemeinde zugehörig fühlt.

„Der 23. Mai ist ein Sonderling unter den Ehrentagen. Zentral für unser Selbstverständnis, gepriesen in Staatsreden.“



„Ein Wochenende lang stellen Leute ihre Zeit in den Dienst einer Sache, die gut für Land und Gesellschaft ist.“



Fotos: www.freepik.com



Dinger zitiert eine neue Studie, wonach sich 77 Prozent aller Menschen mehr Gemeinschaftserlebnisse wünschen. Zudem könnte der Tag ein Einstieg sein, sich regelmäßig einzubringen.

Der „Ehrentag“ greift eine Idee auf, die in Großbritannien bereits umgesetzt wird. *The Big Help Out* nennt sich das Programm dort: Ein Wochenende lang stellen Leute ihre Zeit in den Dienst einer Sache, die gut für Land und Gesellschaft ist. Tausende Organisationen und Millionen Menschen haben bereits mitgemacht. Beim Staatsbesuch, erzählt Dinger, habe König Charles vom Erfolg des *Big Help Out* berichtet.

Ankerpunkte fürs Ehrenamt

Dinger ist aber nicht nur gekommen, um die Idee des „Ehrentags“ vorzustellen. Sie bittet

die Bürgermeister*innen auch um Mithilfe. Zwar wird es übergeordnete Stellen geben, die an der Umsetzung des Tags feilen: die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt ist als Partnerin dabei, und landesweit sollen sich Unterstützergruppen bilden. „Aber wir brauchen auf kommunaler Ebene eine Art Ankerpunkt. Jemanden, der sagt, ich finde das eine gute Aktion, was können wir hier vor Ort machen?“

115 Bürgermeister*innen hat Dinger bereits für die Idee gewonnen. Nach der Tagung dürften es mehr werden: Bei der Frage, wer im Saal sich das für seine Stadt oder Gemeinde vorstellen könnte, gingen sehr viele Arme hoch. Und nachdem Dinger längst die Bühne verlassen hat, laufen die Gespräche in kleinem Kreis weiter: Lasst uns da alle mitmachen! Welche Vereine sprechen wir an? Das könnte eine Sause werden!

Wer mehr darüber erfahren möchte, wie sich die eigene Kommune am „Ehrentag“ beteiligen kann, findet alle Informationen unter www.ehrentag.de. Die Umsetzung erfolgt in Zusammenarbeit mit der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE). Kommunen, die den Ehrentag aktiv mitgestalten möchten, werden regelmäßig per E-Mail über den Projektstand und konkrete Beteiligungsmöglichkeiten informiert. Außerdem besteht die Möglichkeit, als unterstützende Kommune auf der Website genannt zu werden.

Bei Interesse genügt eine kurze Rückmeldung an Pauline Grahlmann von der DSEE pauline.grahlmann@d-s-e-e.de, Tel. 03981 / 4569-653

ANZEIGE

OPEN ACCESS STATT DOPPELAUSBAU.

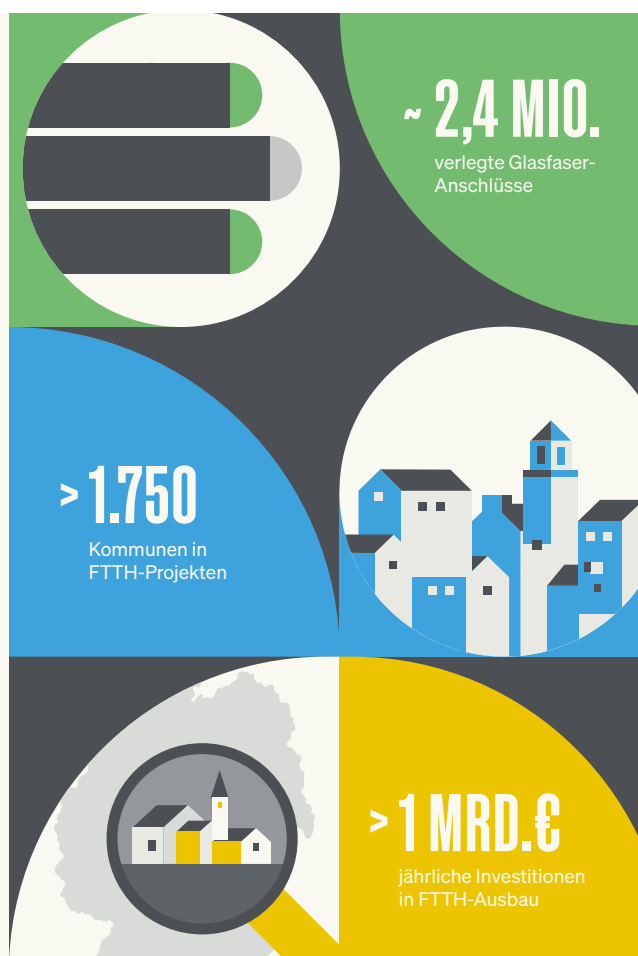
Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH · Kontakt: 40463 Düsseldorf (Postanschrift)

Kooperation statt Konkurrenz: Das ist unsere Devise beim **Glasfaser-Ausbau**. Wir setzen uns gegen den Doppelausbau ein, der volkswirtschaftlich unsinnig ist und Anwohner doppelt belastet. Mit Open Access fördern wir den **fairen Wettbewerb** und bieten Kunden echte Wahlfreiheit zwischen starken Angeboten und Leistungen. Mehr erfahren Sie hier: deutsche-glasfaser.de/kommunen

Gemeinsam Großes gestalten.



Deutsche Glasfaser





Sieger beim Alpencup in Südtirol vor beeindruckender Kulisse! Mit Leopold Bach, Daniel Quade, Nico Dittmann, Andre Stenda, Jonas Korell und Martin Aßmuth ist das Netzwerk gut vertreten.

Deutsche Bürgermeister-Nationalmannschaft gewinnt Alpencup 2025

Kommunalpolitiker überzeugen sportlich und als Teamplayer – Starkes Netzwerk Junge Bürgermeister*innen prägt den Erfolg.

Ein besonderer sportlicher Erfolg für die Deutsche Fußballnationalmannschaft der Bürgermeister: Beim Alpencup 2025 sicherte sich das Team souverän den Titel gegen starke Konkurrenz aus den Alpenregionen. Mit taktischer Disziplin, großem Einsatzwillen und mannschaftlicher Geschlossenheit setzte sich die Auswahl kommunalpolitisch engagierter Kicker im internationalen Turnier durch.

Starke Leistung in Vorrunde und Finale

Bereits in der Vorrunde überzeugte die Mannschaft mit einem torlosen Remis gegen die Schweiz (0:0) und einem deutlichen Sieg gegen Südtirol (4:0). Im Finale wartete mit Italien ein erfahrener und spielstarker Gegner. Doch auch hier zeigte sich die deutsche Auswahl abgeklärt und konzentriert – mit einem verdienten 2:0-Sieg sicherte sie sich den Pokal.

Junge Bürgermeister als Leistungsträger

Besonders hervorzuheben ist die starke Beteiligung aus dem Netzwerk Junge Bürgermeister*innen. Mit Martin Aßmuth (Hofstetten), Andre Stenda (Hohenroda), Daniel Quade (Bad Sachsa), Nico Dittmann (Thalheim), Jonas Korell (Ottrau) und Leopold Bach (Feldatal) standen gleich mehrere

junge Bürgermeister auf dem Platz, die mit Spielfreude und Teamgeist glänzten.

Kapitän Andre Stenda, zugleich Vorstandsmitglied im Netzwerk, hob hervor: „Der Alpencup ist mehr als ein Fußballturnier – er bietet uns die Möglichkeit, über Ländergrenzen hinweg Erfahrungen auszutauschen und voneinander zu lernen. Diese Impulse nehmen wir mit in unsere Städte und Gemeinden.“

Auch Martin Aßmuth, Torwart im Nationalteam und als Bundesschatzmeister im Netzwerk aktiv, betonte: „Solche Begegnungen stärken unser gemeinsames Verständnis für kommunale Herausforderungen. Der sportliche Erfolg ist schön – aber der eigentliche Gewinn ist der fachliche und persönliche Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen aus anderen Regionen.“

Blick nach vorn: Titelverteidigung 2027

Mit dem Pokal im Gepäck und viel Stolz kehrte die Mannschaft nach Deutschland zurück – mit einem klaren Ziel: Titelverteidigung beim nächsten Alpencup 2027.



Martin Aßmuth (links) und Andre Stenda aus dem Bundesvorstand vom Netzwerk Junge Bürgermeister*innen beim Alpencup in Südtirol



Die Eröffnungszeremonie zum Alpencup 2025 in Toblach.

Gemeinsamer Solidaritätspakt für europäische Werte

Novovolynsk zu Besuch in Obertshausen



Ende März durften wir in Obertshausen eine fünfköpfige Delegation aus der ukrainischen Stadt Novovolynsk begrüßen. Anlass des Besuchs war die feierliche Unterzeichnung eines gemeinsamen Solidaritätspakts zwischen unseren beiden Städten. Gemeinsam mit meinem Amtskollegen Borys Karpus aus Novovolynsk habe ich diesen wichtigen Schritt hin zu einer partnerschaftlichen Beziehung vollzogen – ein Moment, der uns beide mit Freude und Zuversicht erfüllt hat.

Der Solidaritätspakt ist ein Bekenntnis zu den europäischen Werten von Demokratie, Freiheit und einem friedlichen Zusammenleben. Zwar beinhaltet die Vereinbarung keine unmittelbaren finanziellen Verpflichtungen, doch unterstreicht sie unsere gemeinsame Haltung und unsere Bereitschaft, insbesondere in der aktuellen Krisensituation solidarisch an der Seite der Ukraine zu stehen – politisch, menschlich und auch mit konkreter Hilfe.

Solidaritätspakt unterzeichnet

Im Rahmen eines kleinen Empfangs mit Vertreter*innen aus Politik und Kirche wurden die Urkunden zum Solidaritätspakt unterzeichnet. Gemeinsam mit unseren ukrainischen Partnern haben wir uns das Ziel gesetzt, auch weiterhin Spenden und Fördermittel einzuwerben, um die Situation in der betroffenen Region zu verbessern. Künftige Projekte sollen dabei nicht nur

der unmittelbaren Versorgung dienen, sondern auch auf nachhaltige Entwicklung und den Wiederaufbau ausgerichtet sein. Die Stadtverordnetenversammlung von Obertshausen hatte den Solidaritätspakt bereits im Dezember 2024 einstimmig beschlossen – ein starkes Signal der Geschlossenheit und des Engagements.

Hilfstransporte

Am Abend des Besuchs brach Bernhard Langert, der als Privatperson und Initiator zahlreicher Hilfstransporte seit Jahren unermüdlich für die Ukraine im Einsatz ist, erneut in Richtung Osten auf. Gemeinsam mit Mitgliedern des Vereins FC Oberschlesien Obertshausen machte er sich mit einem vollbeladenen Sprinter auf den Weg – ausgestattet mit einem Reisesegen von Pfarrer Norbert Hofmann. Seit seinem ersten Besuch im Jahr 2022 hat Bernhard Langert über 26 Tonnen Hilfsgüter gesammelt und etwa 20 Transporte organisiert – mit medizinischer Ausrüstung, Generatoren, Lebensmitteln, Werkzeugen und sogar Fahrzeugen. Eine beeindruckende Leistung, die zeigt, was persönliches Engagement bewirken kann.

Vor Kurzem konnte die Stadtverwaltung zudem eine Spende in Höhe von 10.000 Euro durch eine Stiftung entgegennehmen, die direkt der Ukraine-Hilfe zugutekommt. Darüber hinaus bewerben wir uns gemeinsam mit unseren Partnern aus Novovolynsk um Fördermittel des Bundesministeriums



Delegation aus der ukrainischen Stadt Novovolynsk zu Gast in Obertshausen (Hessen)

Foto: Stadt Obertshausen

für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, unter anderem über das Programm „Engagement Global“.

Diese Partnerschaft ist mehr als ein symbolischer Akt – sie ist gelebte europäische Solidarität. Ich danke allen Beteiligten, die sich mit Herz, Tatkraft und Überzeugung dafür einsetzen.



MANUEL FRIEDRICH
Bürgermeister von Obertshausen

Foto: privat



Foto: Stadt Obertshausen

Die beiden Bürgermeister Borys Karpus aus Novovolynsk (U.) und Manuel Friedrich aus Obertshausen mit den Urkunden des Solidaritätspakts



Wir haben Bock zu gestalten – aber wir brauchen den Handlungsspielraum.

Junge Bürgermeister*innen fordern:
Kommunen stärken heißt
Demokratie sichern.

VON HENNING WITZEL

Junge Bürgermeister*innen melden sich zu Wort – in einem Video, das eine klare politische Botschaft transportiert: Die kommunale Ebene braucht mehr Handlungsspielraum. Mehr Vertrauen. Mehr Verlässlichkeit. In Zeiten knapper Haushalte und steigender Aufgaben ist das keine abstrakte Forderung – sondern eine Grundvoraussetzung für funktionierende Daseinsvorsorge und eine stabile Demokratie.

In dem Video des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen wird diese Haltung greifbar: Die Botschaften sind direkt, persönlich, ehrlich. „Wir stecken so viel Zeit in unser Amt – wir erwarten einfach Zuspruch“, sagt Karin Gansloser. „Wir haben Bock zu gestalten und wollen von Bund und Land als Partner auf Augenhöhe wahrgenommen werden“, ergänzt Maren Busch. Andere sprechen über wachsende Bürokratie oder die Bedeutung funktionierender Kommunen für das Vertrauen in demokratische Prozesse. Der gemeinsame Nenner: Politik vor Ort braucht endlich verlässliche Rahmenbedingungen.

Dass das keine Einzelmeinungen sind, zeigt das begleitende Forderungspapier, das inzwischen von über 90 Bürgermeister*innen aus dem Netzwerk unterzeichnet wurde. Es bezieht sich auf das geplante Infrastruktur-Sondervermögen der Bundesregierung. Der bisherige Entwurf sieht vor, dass mindestens 60 Prozent der Mittel in kommunale Projekte fließen. Wir als Netzwerk fordern mehr: mindestens 75 Prozent – also 75 Milliarden Euro

– müssen den Kommunen direkt zur Verfügung stehen, fair verteilt, rechtlich abgesichert und ohne komplizierte Antragsverfahren. Denn dort, wo kommunale Aufgaben konkret umgesetzt werden, braucht es auch konkrete Investitionsmöglichkeiten.

Die Argumente sind klar: Schulen, Kitas, Mobilität, Klimaanpassung, Digitalisierung – all das findet nicht auf Bundesebene statt, sondern in den Kommunen. Dort sind die Bedarfe bekannt, dort kann zielgerichtet investiert werden.

Martin Aßmuth, Bürgermeister von Hofstetten und Mitglied im geschäftsführenden Bundesvorstand des Netzwerks, warnt: „Es geht nicht um einzelne Haushaltslöcher – es droht eine flächendeckende Erosion der kommunalen Handlungsfähigkeit.“

Auch in den Medien hat die Position des Netzwerks Gehör gefunden. Beim ARD-Morgenmagazin war unser Netzwerk im Juli vertreten. Im Vorfeld der Ministerpräsidentenkonferenz durfte ich dort mit einem

„Wir stehen für konkrete Lösungen statt für Floskeln.“

MATTHIAS BEER

Statement deutlich machen: „Finanziell sind die Kommunen kaum noch handlungsfähig. Auch die Finanzplanung für die nächsten zwei Jahre sieht desaströs aus. Da muss man aufpassen, dass da nicht etwas wegbricht, was nicht wieder aufbaubar ist.“

Der gemeinsame Appell ist deutlich: Wer Demokratie stärken will, darf die kommunale Ebene nicht dauerhaft unterfinanzieren. Denn wenn Rathäuser an Substanz verlieren, verliert auch der demokratische Staat seine Grundlage. Sowohl Video als auch Forderungspapier zeigen, dass es eine junge Generation von Amtsinhaber*innen

gibt, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen – und die sich konstruktiv in politische Debatten einbringen.

„Wir stehen für konkrete Lösungen statt für Floskeln“, sagt Matthias Beer im Video.

„Wir denken kreativ, wir denken unkompliziert“, ergänzt Toni Köppen. Und: „Die Zukunft unserer Demokratie entscheidet sich in den Rathäusern vor Ort.“

Was es dafür braucht, ist klar: finanzielle Handlungsspielräume, partnerschaftliche Strukturen – und politische Entscheidungen, die die kommunale Realität ernst nehmen. Das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen bringt diese Perspektive in die Debatte ein. Nicht klagend, sondern gestaltend. Nicht von oben her gedacht, sondern von der Praxis her.

Junge Bürgermeister*innensprechen Klartext



Video

<https://youtube.com/shorts/eM8LRLvtKwo>



Pressemeldung

www.junge-buergermeisterinnen.de/projekte-und-themen/stellungnahme-sondervermoegen/

PRAXIS IMPULSE

Praxis und Austausch –
Beiträge zu innovativen Methoden
und Prozessen

S. 30

Echte Bürgermeinung sichtbar machen

delfio

S. 31

Mehr Biodiversität in Solarparks

Kompetenzzentrum Naturschutz und
Energiewende

S. 32–33

Digitalisierung der Kommunen mittels KI

PWC

S. 34

Kundenservice in der Wasserwirtschaft

Veolia

IMPRESSUM

Projektleitung und Redaktion: Henning Witzel (V.i.S.d.P.), Birgit Güll, ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin
Anzeigen: Kerstin Böhm, Henning Mahler, ASK. **Layout & Satz:** ASK. **Erscheinungstermin:** 7/2025

Die digitale Brücke zwischen Kommune und Bürgerschaft

Mitwirkung in Höchstform

Viele Bürgermeister*innen stehen heute vor der gleichen Herausforderung: Entscheidungen müssen unter Zeitdruck und hoher Komplexität getroffen werden. Doch wie sicher ist das politische Fundament? Repräsentieren die lauten Stimmen in Bürgerversammlungen oder sozialen Medien wirklich die Mehrheit? Oder fehlt uns die Sicht der vielen, die schweigen?

„Lange dachten wir, wir wüssten, was die Menschen wollen. Die lauten Stimmen in sozialen Netzwerken, die wenigen Aktiven in Sitzungen – all das galt als Stimmungsbild. Doch mit jeder Entscheidung wuchs das Unbehagen: Treffen wir noch den Nerv der Mehrheit?“

G. SEIFFERT, BISCHOFSCHEIM

Die Realität: Beteiligung bleibt oft selektiv

Ob Bürgersprechstunden, Facebook-Kommentare oder persönliche Gespräche – sie bilden nur einen schmalen Ausschnitt der Bevölkerung ab. Die meisten äußern sich nicht öffentlich. Diese „schweigende Mitte“ fehlt bei der Entscheidung über die Entwicklung des Orts – und genau das birgt Risiken: Fehlentscheidungen, Widerstände, Vertrauensverlust.

Die Lösung: Delfio Meinungsmonitor

Als wir Delfio entwickelten, hatten wir ein Ziel: Bürgermeister*innen ein Werkzeug in die Hand zu geben, das schnell, präzise und verlässlich echte Bürgermeinung sichtbar macht – ohne aufwendige Verfahren.

Viel Nutzen, wenig Aufwand

- 1 Kosteneinsparung:** Keine teuren Fehlentscheidungen. Schnell erkennen, welche Maßnahmen Rückhalt haben – und wo Anpassungen nötig sind.
- 2 Bessere Ressourcennutzung:** Geld, Zeit und Energie dort einsetzen, wo es wirklich zählt – faktenbasiert statt gefühlt.
- 3 Zeiteffizienz:** Traditionelle Formate sind aufwendig und dauern Monate. Delfio liefert innerhalb weniger Wochen klare, belastbare Ergebnisse und entlastet Verwaltungen.
- 4 Politische Rückendeckung:** Fundiert die Position gegenüber Gremien, Verwaltung und Öffentlichkeit stärken.
- 5 Bürgervertrauen zurückgewinnen:** Wer sich gehört fühlt, wird zum Mitgestalter. Die Beteiligung verändert das Klima in der Kommune.

Fragen, die sich unsere Klienten stellen:

- Wäre es nicht mutiger, mit den Menschen zu gestalten, statt sie zu verwalten?
- Kennen wir die Meinung unserer Bürger?
- Welchen Preis hat fehlende Rückmeldung?
- Was geht verloren, wenn wir nicht zuhören?
- Welches Risiko bergen ungehörte Stimmen?

Vielfältige Einsatzmöglichkeiten im kommunalen Alltag

Der Delfio-Meinungsmonitor ist mehr als ein Mitwirkungs-Tool. Er ist ein Brückenbauer

„Es war, als hätte uns jemand ein Fenster geöffnet: differenziert, überraschend konstruktiv, klar. Ein neuer Blick auf unsere Kommune durch die Augen der Menschen, die hier leben.“

A. JUNGEMANN, LINSINGERICHT



„Der Monitor entlastete unsere Verwaltung, gab politische Rückendeckung und den Bürgern ihre Stimme zurück.“

K. MISSING, NIESTE

zwischen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft mit vielfältigen Einsatzmöglichkeiten wie z. B.:

- 1 Priorisierung von Vorhaben** zur Ortsentwicklung und für kommunale Angebote
- 2 Aktivierung von Bürgerschaft** zu ehrenamtlichem Engagement
- 3 Transparente Haushaltsplanung** und gezieltere Ressourcenverteilung
- 4 Partizipative Gestaltung** lebenswerter öffentlicher Räume und Initiativen

Delfio ist der moderne, digitale Meinungsmonitor für ein schnelles und aussagekräftiges Meinungsbild. Kein Wunsch-dir-was, sondern das, was Bürger wirklich meinen. Damit Entscheider zu Zukunftsmeistern werden können.

delfio

Über Delfio: Wir begleiten Kommunen seit über 15 Jahren mit Leidenschaft und besonderer Expertise bei der Entwicklung in eine lebenswerte Zukunft. Der Delfio Meinungsmonitor ist dabei unser neues, modernes Mitwirkungs-Tool – als unser Beitrag für eine bessere Zukunft. Für die Bürgerschaft. Für die Kommune. Für unsere Demokratie.

Wir freuen uns auf den Austausch:
Wolfgang & Tatiana Koch

Direkter Draht:
+49 (0)6652 – 985 8866
www.delfio.de
delfio@delfio.de



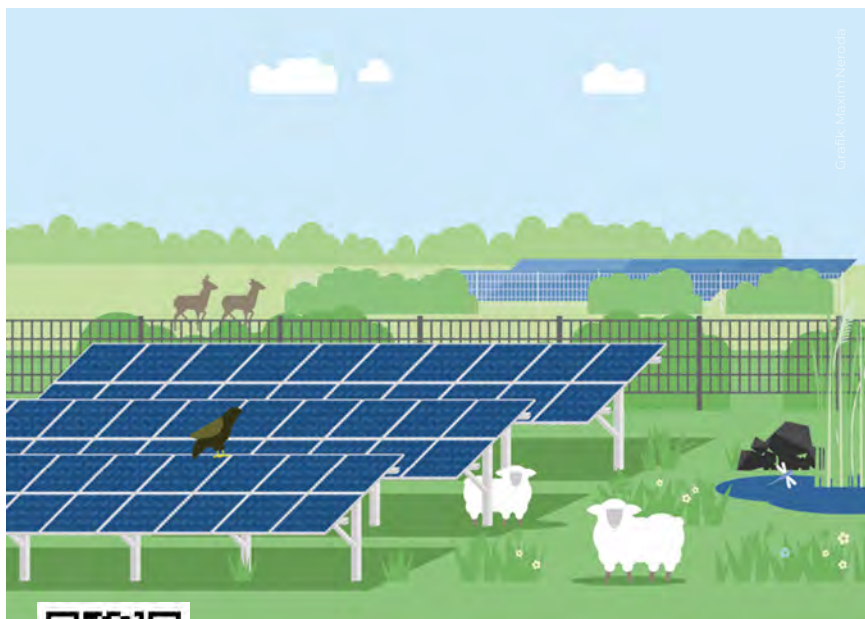
Eine Chance für die Vielfalt? Wie Solarparks Lebensräume schaffen

Klimafreundlichen Strom erzeugen und gleichzeitig die Artenvielfalt zur Entfaltung bringen – das ist mit biodiversitätsfördernden Solarparks möglich. Die digitale KNE-Wissensplattform „Natur im Solarpark“ unterstützt Kommunen dabei, Anlagen im Sinn einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung zu planen und umzusetzen.

Wie können Solarparks zu Lebensräumen für Tier- und Pflanzenarten werden? Mit dieser Frage beschäftigt sich Dr. Julia Wiehe vom Kompetenzzentrum Naturschutz und Energiewende (KNE) schon seit einigen Jahren intensiv. Sie sagt: „Ein naturverträglicher Solarpark ist immer ein Gemeinschaftswerk, in das sich viele engagierte Menschen einbringen.“ Dazu gehören Akteure aus der Verwaltung, aus Naturschutzbehörden und -verbänden, Projektierer und auch das Fachpersonal, das sich um die fachgerechte Pflege der Anlage kümmert. Aber natürlich auch Bürgerinnen und Bürger, die frühzeitig in die Planung und Umsetzung eingebunden werden sollten.

Die richtigen Weichen stellen

Energieerzeugung und Naturschutz auf einer Fläche – für diese Idee können Kommunen schon früh entscheidende Weichen stellen. Das reicht von der Wahl des richtigen Standorts über ein fachgerechtes Pflege- und Entwicklungskonzept bis hin zum städtebaulichen Vertrag zwischen Kommunen und Projektierern. Auf der digitalen Wissensplattform natur-im-solarpark.de des KNE finden kommunale Akteure und andere Beteiligte der Energiewende viele wertvolle Informationen dazu. Die Plattform stellt die



Wie Artenvielfalt im Solarpark entsteht, erklärt die Wissensplattform „Natur im Solarpark“. www.natur-im-solarpark.de

Schritte der kommunalen Planung und jeweils dazu passende Instrumente des Naturschutzes vor. Wie ein Kompass weist die Plattform Kommunen den Weg, um den Bau der Parks vorausschauend zu steuern und naturverträglich zu gestalten.

Lebensraum für Vögel, Insekten und Reptilien

Gelingt dieses Vorhaben, kann sich das Ergebnis sehen lassen: Ein naturverträglicher Solarpark erhöht nicht nur die Artenvielfalt, sondern fügt sich auch optisch gut in das Landschaftsbild ein. Große Abstände zwischen den Modulreihen, breite Wege und unbebaute Flächen schaffen besonnte Bereiche. Gerade diese Areale sind für den Naturschutz sehr wichtig: Mit der richtigen Pflege durch Mahd oder Beweidung kann sich darauf artenreiches Grünland entwickeln, das zahlreichen gefährdeten Gräsern und Blütenpflanzen, aber auch Vögeln, Insekten oder Reptilien Lebensraum bietet. Eine den Park umgebende Hecke schafft zusätzliche ökologische Nischen und bietet – ebenso wie Stein- oder Totholzhaufen und Kleingewässer – weiteren Arten Nahrung und Unterschlupf. Nicht zuletzt steigert ein solcher Solarpark die Akzeptanz für Energiewendeprojekte bei den Menschen vor Ort.

Der KNE-Pool für Prozessgestaltung, Mediation und Moderation

Diskutieren Sie in Ihrer Kommune über Energiewendeprojekte? Dann sollten Sie frühzeitig das Gespräch mit allen Beteiligten suchen, Transparenz schaffen und die Ideen und Bedenken aller Betroffenen in Ihre Planung einbeziehen. So finden Sie gemeinsam Lösungen, von denen alle profitieren.

Rund 50 Expertinnen und Experten des KNE-Pools für Prozessgestaltung, Mediation und Moderation unterstützen Sie dabei vor Ort – ob bei der Organisation von Bürgerbeteiligung, durch Beratung oder mit Mediation bei Konflikten.



FÖRDERHINWEIS

Die Wissensplattform „Natur im Solarpark“ entstand im Rahmen des FuE-Projekts „Solarenergie und Naturschutz: Mehr Biodiversität in Solarparks umsetzen“, das durch das Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesumweltministeriums gefördert wurde.

„Dieser knappe Überblick zeigt, dass KI dazu beitragen wird, Verwaltungshandeln zu optimieren und einige gebundene Prozesse im Bereich Effizienz und Effektivität zu revolutionieren.“



Hi!
How can I help you?



Hi!
How can I help you?

Hi!
How can I help you?

Digitalisierung der Kommunen mittels künstlicher Intelligenz

Kaum ein Bereich wie die Schlüsseltechnologie der Künstlichen Intelligenz (KI) wird gesellschaftlich so kontrovers diskutiert.

Die Entwicklung dieser Technik ist nicht linear, sondern exponentiell und die Systeme der KI werden daher immer leistungsfähiger. KI kann einen wesentlichen Beitrag für modernes und effizientes Verwaltungshandeln bedeuten und bietet somit insbesondere für Bund/Land/Kommunen ein enormes Potenzial.

Insbesondere bei sogenannten gebundenen Entscheidungen kann der verwaltungsseitige Einsatz von KI die Verwaltungsabläufe effektiv und effizienter gestalten sowie den Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern optimieren. So kann beispielsweise KI die bei Routineaufgaben eingesetzte Robotic Process Automation (RPA) zu einer lernenden PA erweitern. Sprachassistenten (Chatbots) auf KI-Basis können Sprachbarrieren überbrücken, riesige Datenmengen verarbeiten und zur Zufriedenheit der Nutzer beitragen. KI kann somit personelle und finanzielle Ressourcen schonen und damit zur Haushaltskonsolidierung beitragen. Ein Ergebnis kann auch sein, dem Fachkräftemangel in der öffentlichen Verwaltung entgegenzuwirken.

Auf Bundesebene hat beispielsweise das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) ein KI-Leitbild entwickelt. Im Mittelpunkt steht dabei ein chancenorientierter und verantwortungsvoller Einsatz dieser Technik. Für den KI-Einsatz im Ressort BMI wurden handlungsgestaltende Leitprinzipien definiert. Es wurden Voraussetzungen entlang der KI-Wertschöpfungskette identifiziert sowie ressortübergreifend Leitlinien für den KI-Einsatz in der Bundesverwaltung abgestimmt (KI-Leitlinien). Die festgesetzten Leitsätze für Behörden und Nutzende sollen einen gemeinsamen Rahmen bieten, um einen verantwortungsvollen und sicheren KI-Einsatz in der Bundesverwaltung zu gewährleisten.

Die Einführung und Nutzung von KI wirft jedoch ethische und rechtliche Fragen auf. Transparenz, Verständlichkeit und Nachvollziehbarkeit von KI-Anwendungen sollten stets im Umgang mit Künstlicher Intelligenz beachtet werden.

Die von der Bundesregierung eingesetzte Datenethikkommission hat am 23. Oktober

2019 ihr Gutachten mit ethischen und rechtlichen Handlungsempfehlungen im Umgang mit Daten und algorithmischen Systemen und Künstlicher Intelligenz vorgestellt. Das europäische Gesetzgebungsverfahren für eine Verordnung zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für Künstliche Intelligenz (KI-Verordnung) wurde abgeschlossen und ist am 1. August 2024 in Kraft getreten. Die

KI-Verordnung schafft einen einheitlichen Rechtsrahmen für die Entwicklung, das Inverkehrbringen und die Nutzung von KI-Systemen und fördert so Innovation und Vertrauen im Bereich der Künstlichen Intelligenz.

Wie wichtig es im Rahmen von Automatisierungsprojekten ist, die arbeits- und

datenschutzrechtlichen Aspekte zu jedem (Entwicklungs- und Projekt)-Zeitpunkt vollumfänglich im Blick zu haben und über ein detailliertes Verständnis der Projektschritte zu verfügen, zeigt anschaulich das Beispiel der bislang als Presseerklärung vorliegenden Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) vom 8. Mai 2025 zum Thema Schadenersatz nach der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) – Betriebsvereinbarung und Workday. Ein entscheidender Aspekt lässt sich mit den Worten Testbetrieb und Echtdaten beschreiben.

„Die Entwicklung dieser Technik ist nicht linear, sondern exponentiell und die Systeme der KI werden daher immer leistungsfähiger.“

DR. NICOLE
ELERTRechtsanwältin/
Fachanwältin
für Arbeitsrecht

Foto: PWC

ARNULF
STARCKRechtsanwalt/
Steuerberater/
ESG Officer

Foto: PWC



„Der vorläufige Testbetrieb wird
daher auch regelmäßig in einer
Betriebsvereinbarung geregelt sein.“

Das BAG hat in seiner Presseerklärung deutlich gemacht, dass ein Arbeitnehmer einen Anspruch auf Schadenersatz wegen einer Verletzung der Datenschutz-Grundverordnung haben kann, wenn sein Arbeitgeber personenbezogene Echtdaten innerhalb des Konzerns an eine andere Gesellschaft überträgt, um die cloudbasierte Software für Personalverwaltung „Workday“ zu testen und hierbei weitergehende personenbezogene Daten übermittelt als von der zugrundeliegenden Betriebsvereinbarung vorgesehen war.

Dies ist keine Fallgestaltung, die nur einen Einzelfall betreffen wird. Vielmehr ist es typisch, dass vor einem Rollout von Systemen & Applikationen diese im Testbetrieb betrieben werden und, anstatt auf sogenannte Dummy-Daten zurückzugreifen, die Entscheidung für die Verwendung von Echtdaten der Mitarbeitenden des Unternehmens getroffen wird. Es ist auch nicht untypisch, sondern rechtlich notwendig aufgrund von § 87 Absatz 1 Nr. 6 BetrVG, dass die Rechte der Mitbestimmung gewahrt werden und entsprechend eine Betriebsvereinbarung über Datenerhebung, -verwendung und -sparsamkeit abgeschlossen wird.

Der vorläufige Testbetrieb wird daher auch regelmäßig in einer Betriebsvereinbarung geregelt sein. Doch sie wird selten statisch

bleiben können wie andere Betriebsvereinbarungen, die keine oder erst nach mehreren Jahren eine Anpassung erforderlich machen. Im Regelfall entwickelt sich ein IT-Implementierungs-Projekt in vielfältiger Hinsicht und macht daher eine kontinuierliche Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung der Rechtsgrundlagen erforderlich.

In seiner Entscheidung vom 19. Dezember 2024 machte der EuGH auch unmissverständlich klar, dass Betriebsvereinbarungen der DSGVO entsprechen müssen. Ein Unterschreiten des Schutzniveaus ist nicht zulässig. Die enge Zusammenarbeit mit dem Datenschutzbeauftragten ist daher ebenso geboten wie mit den betrieblichen Mitbestimmungsgremien. Dies gilt insbesondere, wenn es zur Auftragsdatenverwaltung kommt.

Dieser knappe Überblick zeigt, dass KI dazu beitragen wird, Verwaltungshandeln zu optimieren und einige gebundene Prozesse im Bereich Effizienz und Effektivität zu revolutionieren.

Die Erfahrung zeigt, dass Plattformen auf kommunaler Ebene – also die gemeinsame Nutzung und der gemeinsame Austausch – die Anwendung dieser Technik und die damit einhergehenden Investitionskosten optimieren können. Es bedarf aber bei aller Euphorie immer noch des Menschen, der die Technik, die jeweilige Materie und die Ergebnisse einzuschätzen weiß. Fachkräfte werden daher in der Verwaltung weiterhin dringend benötigt; zudem werden diese an und mit der Technik weitergebildet werden müssen.

Der KI ist inhärent, dass die Technik Daten verarbeitet, anhand der Prozesse sowie Ergebnisse lernt und diese Erkenntnisse intelligent anwendet. Somit macht es Sinn, dass ein Austausch auf kommunaler Ebene mittels eigens gestalteter Plattformen generiert wird, damit alle Mitglieder (Kommunen /

„Es bedarf aber
bei aller Euphorie
immer noch den
Menschen, der
die Technik, die
jeweilige Materie
und die Ergebnisse
einzuschätzen weiß.“



Foto: www.freepik.com

Juristische Personen des öffentlichen Rechts) der Plattform am Lernprozess partizipieren, ohne zusätzliche Kosten tragen zu müssen.

Die oben dargelegten rechtlichen Unwägbarkeiten zeigen anschaulich, dass nur ein abgestimmtes und rechtlich zulässiges Vorgehen die gewünschten Ergebnisse etablieren wird. Oftmals wird ein holistischer Ansatz nötig sein, der entsprechende personelle und finanzielle Ressourcen binden wird. Dies bedeutet in Zeiten notorisch knapper Haushalte jedoch eine Investition in die Zukunft. Mithin können gerade kleinere Kommunen über diese KI nutzenden Plattformen profitieren, da die zur Verfügung stehenden Investitionsmittel begrenzt sind. Dieser althergebrachte Solidargedanke, verbunden mit der KI-Technik, kann einen wesentlichen Baustein zur Digitalisierung der Verwaltung bedeuten.

Einen guten Überblick über die aktuellen Aktivitäten auf Bundesebene bieten die Internetseiten:

Künstliche Intelligenz in der Verwaltung

www.cio.bund.de/Webs/CIO/DE/digitale-loesungen/datenpolitik/daten-und-ki/daten-und-ki-node.html

Fünf Jahre KI-Strategie – wo steht Deutschland?

www.ki-strategie-deutschland.de



Foto: www.freepik.com

Kundenservice in der Wasserwirtschaft neu gedacht

Wie effiziente Prozesse Kommunen und Verbände entlasten



Foto: Veolia

Kommunale Wasser- und Abwasserbetriebe stehen unter Druck.

Fachkräftemangel, neue gesetzliche Vorgaben und steigende Anforderungen an Digitalisierung fordern Zeit und Personal – Ressourcen, die im Alltag oft fehlen. Genau hier setzt Veolia an: Das Unternehmen übernimmt kaufmännische Aufgaben wie Verbrauchsabrechnung, Mahnwesen und Kundenservice – digital, effizient und rechtssicher.

Effizient, rechtssicher, digital

Veolia organisiert die Selbstablesung, erstellt Verbrauchsabrechnungen, versendet Gebührenbescheide, bearbeitet Widersprüche, verbucht Zahlungseingänge, übernimmt das Mahnwesen und ist durchgängig telefonisch erreichbar. Ein digitaler Workflow sichert schnelle Abläufe, geschultes Personal sorgt für bürgernahe Betreuung – auf Wunsch sogar direkt vor Ort.

„Wir unterstützen Verbände und Eigenbetriebe unabhängig vom aktuellen Digitalisierungsstand“, sagt Kristin Köckeritz, Leiterin Kundenservice bei Veolia. „Alles, was es braucht, ist die Aufbereitung der Kundendaten – um den Rest kümmern wir uns.“

Reibungslose Abrechnung – auch bei knappen Ressourcen

Insbesondere rund um die Stichtagsabrechnung fehlt vielen Kommunen die nötige Kapazität. Veolia übernimmt den kompletten Prozess: Von der Zählerstandserfassung bis zum Gebührenbescheid – in nur 25 Tagen. Mit durchschnittlich 92 % Rücklaufquote bei der Selbstablesung und automatischer Plausibilitätsprüfung reduziert sich der Aufwand auf ein Minimum. Für die übrigen Fälle sorgt ein digitales Forderungsmanagement mit sozial ausgewogenem Mahnwesen. Das entlastet Personal – selbst bei Krankheit oder Urlaub – und senkt Rückstände messbar: Ein Verband in Nordsachsen reduzierte so seine Altforderungen in zwei Jahren um 42 %.

Persönlich erreichbar – digital organisiert

Trotz Digitalisierung bleibt der Service bürger-nah: Kundenanfragen bearbeitet ein erfahrenes Team, unterstützt durch digitale Aktenführung. Das ermöglicht standortübergreifende Vertretungen ohne Informationsverlust. Fällt eine Mitarbeiterin aus, springt eine Kollegin ein – reibungslos und ohne Wartezeit für Bürger.

Alle Systeme sind DSGVO-konform, gesetzliche Änderungen – z. B. aus der Trinkwasserverordnung – werden automatisch berücksichtigt. So bleibt der Betrieb rechtssicher, ohne dass intern Fortbildungsaufwand entsteht.

24/7-Service mit moderner Kunden-App

Für Bürger bietet Veolia die App „Veolia, WAS-SER & ICH“. Diese ermöglicht den jederzeitigen Zugriff auf z. B. Vertragsdaten, Gebührenbescheide und Vorauszahlungen – bequem vom Smartphone oder Tablet. Auch Zählerstände können mobil übermittelt werden.

Ein weiteres Plus: Im Störfall informiert die App per Push-Benachrichtigung – noch bevor jemand den Wasserhahn aufdreht. Das reduziert Anrufe, verschafft dem Bereitschaftsdienst Zeit für Reparaturen und verbessert den Kundenservice. Auch ohne App profitieren kommunale Versorger vom integrierten Havarie-Informationssystem, denn Störmeldungen werden automatisch per Website und Telefonschleife kommuniziert.

Digitalisierung mit Klimanutzen

Digitalisierung bedeutet nicht nur Entlastung – sie spart auch CO₂: Weniger Papier und Druckerschwärze, effizienter Cloudbetrieb statt energieintensiver Server. „Wir leisten damit gleichzeitig einen Beitrag zum Klimaschutz und helfen den Kommunen nicht nur dabei, ihre Verwaltung zu modernisieren, sondern geben ihnen den Freiraum zurück, den sie für andere Aufgaben brauchen“, bringt es Kristin Köckeritz auf den Punkt.

KRISTIN
KÖCKERITZLeiterin Kundenservice
bei VeoliaANDREAS
HOFMANNLeiter
Kommunalentwicklung

„Vor allem viele kleine kommunale Ver- und Entsorger brauchen Unterstützung bei kaufmännischen Aufgaben.“

Kontakt

de.wasser.vertrieb@veolia.com

Telefon: 0341 42 091-010

www.veolia.com



AUSBLICK 2025

➤ **31. JULI**
2025

2. KGSt-NextGenCamp
in Hamburg

➤ **11. SEPTEMBER 2025**

Fachtagung der „Starken Stelle“

Respekt statt Hass – Umgang mit Gewalt
und Anfeindungen in der Kommunalpolitik
in Berlin

➤ **27.–28. AUGUST**
2025

Messe KOMMUNAL –
Zukunft gestalten
in Göttingen

➤ **30. SEPTEMBER –**
02. OKTOBER 2025

Smart Country
Convention –
STADT.LAND.TECH
in Berlin

NJB ist
Partner

➤ **06.–08. OKTOBER**
2025

EXPO REAL –
Immobilien.
Investitionen.
in München

➤ **22.–23. OKTOBER 2025**

NJB ist
Partner

KOMMUNALE – Bundesweite Fachmesse und
Kongress für Kommunalbedarf in Nürnberg
Schon heute an morgen denken

➤ **03.–04. NOVEMBER**
2025

BMI-Kommunal-
tagung 2025
in Mannheim

➤ **06. NOVEMBER**
2025

Veolia WasserDialog
in Leipzig

Experten und Kommunalvertreter
diskutierten zum Thema
„Klima im Wandel,
Wasser im Wandel“

NJB ist
Partner

➤ **13.–14. NOVEMBER**
2025

Viertes Jungbürger-
meister:innentreffen
des Österreichischen
Gemeindebundes
in Melk in Nieder-
österreich

➤ **02.–04. DEZEMBER**
2025

KGSt®-Festival
in Karlsruhe

Eine gemeinsame Bühne
für vier Kongresse

ANZEIGE

zfm

Führungslücke? Stillstand?
Das kann sich der öffentliche Sektor nicht leisten.
Mit Interimsmanagement handlungsfähig bleiben.

zfm unterstützt als Personalberatung den öffentlichen Sektor seit über
30 Jahren bei der Besetzung von Fach- und Führungspositionen.

Mehr Infos



zfm-bonn.de



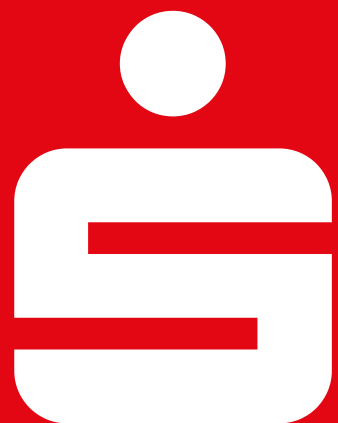
Zukunft. Machen.

Agenda für eine neue Dynamik.

Deutschland kann mehr – mehr als in den letzten Jahren deutlich geworden ist. Dazu muss unser Land endlich vom „Reden“ ins „Machen“ kommen. Von einem Aufschwung müssen alle Menschen in Deutschland profitieren. Wir in der Sparkassen-Finanzgruppe verstehen uns dabei als „Möglichmacher“. Wir haben Vorschläge, was verändert werden muss, um gemeinsam eine neue Dynamik zu entfachen.



Erfahren Sie mehr über
unsere Vorschläge unter
www.dsgv.de/zukunftmachen



Weil's um mehr als Geld geht.